

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 16. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024–2028)

---

Sitzungsdatum: 5. November 2025  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.05 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Mehmet Can, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident  
Andreas Bammatter  
Biljana Grasarevic  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat  
Silvia Stucki  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Jonas Stettler, Jurist

Anwesend: Kornel Bay, Dominik Baumgartner, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Lucca Schulz, Tim Söllick, Florian Spiegel, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Waldner, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: René Amstutz, Mark Aellen, Nico Jonasch, Hanna Kirchhofer, Louis Seifried

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende =  
18.30 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.45 Uhr 35 Anwesende = 24  
21.00 Uhr 32 Anwesende = 22

---

## Bereinigte Traktandenliste

---

**FIX: 18.00 Uhr**  
**Vorab-Information:**  
**Erstellung eines Leitfadens «Partizipation bei Bau- und Planungsprojekten in Allschwil»**

### **Traktanden:**

1. Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2025, sowie Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 7.10.2025, betreffend **Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und Beantwortung Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Urs Poživil, FDP, betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen**, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4181C / D  
Geschäft 4678A / B
  
2. Bericht des Gemeinderats vom 13.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 7.10.2025, betreffend **Legislaturziele 2024 – 2028**  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4794 / A
  
3. Bericht des Gemeinderats vom 15.10.2025, zum Postulat von Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024, betreffend **Veloplan für Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4739 / A
  
4. Bericht des Gemeinderats vom 24.9.2025, zur Motion von Christian Jucker, GLP, vom 7.10.2024, betreffend **Transparenz im Stellenplan v2.0: Einbezug privatrechtlicher Anstellungen**  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4757 / A
  
5. Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 12.8.2025, betreffend **Kürzungen im Jugend + Sport**  
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4796 / A

### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS
  - FRAGESTUNDE
- 

### **Für das Protokoll:**

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

## Einwohnerratsprotokoll Nr. 15 vom 5. November 2025

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Mehmet Can

---

### Begrüssung des Präsidenten

**Mehmet Can**, Präsident: Geschätzte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Bevor wir die Sitzung offiziell beginnen, haben wir jetzt gerade beschlossen, dass wir das Wort zuerst an Lukas Wahlen von der Firma ecoptima ag in Bern übergeben. Und zwar gab es gewisse Wünsche, die wir gerne berücksichtigen wollen. Entsprechend starten wir sogleich mit der Präsentation von Lukas Wahlen als Erstes. Ist dies in Ihrem Sinn? [*Stimmen im Hintergrund*] Entschuldigung? Selbstverständlich, Herr Franz Vogt, ja!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörer. Wir wollen Ihnen wie angekündigt das Projekt **«Erstellen eines Leitfadens»** vorstellen. Es entstand aus einer Leitbildmassnahme, die noch pendent ist, und es liegt auch noch ein Postulat der SVP vor, welches man damit beantworten möchte. Das Ziel dieses Projekts ist, die Art und Weise, wie in Allschwil beteiligt wird, auf eine konzeptionelle Grundlage zu stellen. So unterschiedlich die Vorhaben sind, die mit einer Partizipation begleitet werden sollten, so unterschiedlich sind die Möglichkeiten, eine Partizipation zu praktizieren. Der Leitfaden soll eine interne Anleitung sein und nach aussen sichtbar machen, was möglich ist und auch was nicht möglich ist. Gerne gebe ich nun das Wort an Lukas Wahlen von der Firma ecoptima ag.

### BEGINN DER PRÄSENTATION

**Lukas Wahlen**, ecoptima ag: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzte Anwesende. Wir möchten Ihnen kurz vorstellen, wie wir diesen Prozess sehen wie wir zum Ziel kommen wollen. Aber ganz wichtig ist auch, das Stimmungsbild von euch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten aufzunehmen, wie ihr dieses Thema seht, damit wir so ein wenig einen Wink auf dem Weg erhalten, den wir zusammen bestreiten wollen, damit wir euch gehört haben. Ich möchte dazu noch kurz das Thema ansprechen, wie wir uns zurückmelden, respektive bei welchem Stand dies sein soll.

Mein Name ist Lukas Wahlen, ich bin von ecoptima ag. Wir sind im Raum Bern / Luzern tätig. Wir sind 50 Personen, machen Planungen, Arealentwicklungen, begleiten Verfahren. Mir ist auch wichtig zu sagen: Ich selbst bin Planer und Entwickler und moderiere nebenher Veranstaltungen und mache Partizipation. Ich bin also nicht einfach eine Person, die nur mit dem farbigen Köfferli herumläuft und Kleberli aufhängt. Ich habe ein vertieftes Planerverständnis. Es ist mir wichtig, dass eben die Schnittstelle gewährleistet ist, wenn man vor Ort mit den Leuten spricht, und es danach in die planerische Regelmässigkeit übersetzen kann.

Hier sind ein paar Bilder. Ich denke, wenn man das Wort Partizipation, Kommunikation hört, hat man etwa im Kopf: Man spricht mit Menschen, mit Beteiligten, diskutiert zusammen mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, präsentiert irgendwo auch den Projektstand, holt Rückmeldungen ein. Es gibt unterschiedliche Formate. Man kann es mit der Bevölkerung machen, man kann es mit Grundeigentümerschaften machen, wenn man Gebietsentwicklung anstrebt, mit der Politik, mit der Quartiersvertretung, Vereinen, Verbänden etc. Es ist eigentlich die Schnittstelle nach aussen, mit den Menschen, wie man es bestreiten will, wenn man eine Planung anstrebt oder eine Projektentwicklung

anstrebt. Die Frage ist: Weshalb braucht es das überhaupt? Es ist ja so, in der heutigen Zeit wurde die Entwicklung alternativlos. D. h. aber auch, es reden mehr mit. Die Politik redet mit, die Grundeigentümerschaften reden mit, die Nachbarinnen und Nachbarn reden mit, Verbände, Interessensvertretende etc. Es gibt viele Gruppierungen, die, wenn man ein Bau- und Planungsprojekt hat, oft mitreden oder mitreden können. Am Schluss gibt es eine Abstimmung, an der man eine Mehrheit erzielen will, also ergibt es Sinn, dass man sich diesem Thema frühzeitig annimmt, wenn ein Projekt in einer Gemeinde ein gewisses Gewicht hat. Dann geht es darum, Transparenz und Vertrauen zu schaffen. Es geht darum, frühzeitig eine Verankerung und Akzeptanz zu schaffen. Es geht darum, für diese Prozesse lokales Wissen zu nutzen. Es geht auch darum, Projektrisiken frühzeitig zu erkennen. Dann ist eine Korrektur billiger, als wenn eine Abstimmung nachherging.

Zusammengefasst geht es einfach auch darum, Abstimmungen zu gewinnen. Dies ist oft das Hauptziel. Man will das Projekt so gut durchführen, damit man Konsens und eine Mehrheit hat. Dann lohnt es sich, frühzeitig die Fühler auszustrecken und gewisse Themen zu diskutieren. Es ist allerdings nicht so, dass es ein Generalrezept ist. Man muss auch schauen, dass man nicht falsche Erwartungen weckt. Man muss auch gut überlegen, was man diskutieren oder verhandeln will. Es eignen sich nicht alle Inhalte, manchmal will man es politisch nie etc. Es muss also immer gut vorbereitet sein, was man wann, wem sagt, und was man wann mit wem diskutieren möchte.

Ein paar Beispiele: Ich beginne oben, es ist so ein wenig eine Massstabbeachtung: Man kann das Leitbild entwickeln, ein Siedlungskonzept machen, Ortsplanungsrevisionen machen, dann betrifft es das ganze Gemeindegebiet. Man kann rechts aussen Quartierplanungen machen, Masterpläne, bei denen dieses Thema gefragt ist. Oft sind es auch Entwicklungen von Schlüsselarealen, Zentrumsentwicklungen, bei denen man dann eine politische Hürde nehmen muss und entsprechend früh das Echo einholen kann. Oder es sind konkrete Themen, irgendwo einen Strassenzug, bei dem es darum geht, die Gestaltung zu diskutieren oder das Konzept zu diskutieren oder eine Platzgestaltung oder einen Freiraum. Es kann konkret sein. Es sind dies einfach ein paar Beispiele aus unserer Praxis, wo wir mit dem Thema Berührungspunkte auf ganz unterschiedlichen Massstäben haben.

Die Aufgabe ist, wie vom Gemeindepräsidenten bereits eingeleitet, ein Papier zu erstellen, das erst einmal festhält, wie die Gemeinde den informellen Teil, d. h. jenen Teil, der nicht im Gesetz festgeschrieben ist, bestreiten möchte. Welche Projektarten gibt es, welche Räume gibt es, welche Themen gibt es, welche Beteiligten gibt es? Wie will man mit ihnen umgehen? Wann will man mit wem diskutieren? Dies einmal festhält und eigentlich eine gemeinsame Haltung entwickelt, damit man vorbereitet ist, wenn neue Projekte kommen, damit man es sich nicht jedes Mal von Neuem überlegen muss. Deshalb ist das Ziel eigentlich ein einfaches: die Entwicklung und Verankerung eines gemeinsamen Arbeitsinstruments, wie, wann und wo Partizipation und Kommunikation bei Bau- und Planungsvorhaben in der Gemeinde angewandt werden sollen. Und das Gemeinsame ist nur möglich, wenn alle Beteiligten irgendwo in diesem Prozess kontaktiert werden, eingebunden werden. Wie wir dies anstreben, möchten wir jetzt kurz vorstellen. Ich hoffe, Sie können es lesen, es ist etwas klein.

Wir arbeiten mit drei Farben: Rot ist eine Vorbereitungsphase, die Analysephase, in der wir aktuell stehen. Wir sind heute beim Einwohnerrat und orientieren. Zudem möchten wir mit den unterschiedlichen Gruppen des EPB diskutieren und die Bedürfnisse zu diesem Thema abholen. Wir werden das selbe mit dem Gemeinderat machen. Also eigentlich die Beteiligten einzeln abholen und einfach mal anhören, was sie zu diesem Thema meinen, und was ihre Bedürfnisse und Wünsche sind. Dies nachher in einem ersten Workshop mit all jenen, die wir jetzt einzeln abholen, konsolidieren, damit man eine erste, interne Haltung hat, was man eigentlich benötigt und will. Es sagt niemand, dass es aufwendig sein muss. Es sagt niemand, dass es immer getan werden muss. Es geht darum, eine massgeschneiderte Lösung für Allschwil zu entwickeln. Dies möchten wir herausfinden. Wenn dann die interne Haltung vorhanden ist, ist die Absicht, eine Bevölkerungsumfrage zu machen, bei der man auch noch kurz nach aussen schaut, und es abstimmt. Es geht darum, dass die Bevölkerung abgeholt ist, damit sie es nachher auch annimmt, sonst bringt das Ganze gar nichts. Es gibt auch Themen wie Sättigung von solchen Partizipationsformaten. Das alles müssen wir herausfinden. Aber es geht in diesem Mittelstück darum, die Bevölkerung abzuholen. Dann würden wir es überarbeiten, konsolidieren und anschliessend gibt es im grünen Teil eine Form einer Publikation. Intern und extern. Wir betrachten dann all das, was irgendwo visuell aufbereitet ist. Dies ganz kurz zum Prozess.

Ziel ist, nächsten Sommer damit durch zu sein und ein Resultat zu haben. Es ist auch die Idee, dass, wenn der finale Entwurf vorliegt, wir wieder zu Ihnen kommen, zum Einwohnerrat, um noch einmal ein Echo abzuholen, damit Sie uns noch einmal sagen können, ob wir auf dem richtigen Weg sind oder ob wir etwas vergessen haben. Dies in aller Kürze, was wir vorhaben.

Gut, das wär's bereits gewesen. Ich stehe noch schnell auf. Ich möchte mich herzlich bedanken. Ich denke, die einen oder anderen werden wir im weiteren Prozess wiedersehen oder uns dann in diesem Format gegen Sommer wieder treffen. Herzlichen Dank, dass Sie sich kurz Zeit genommen haben. Gute Sitzung weiterhin, gute Beschlüsse und Geschäfte und bis demnächst. Herzlichen Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank an Lukas Wahlen für diese interessante Präsentation.

## ENDE DER PRÄSENTATION

### Mitteilungen des Präsidenten

#### [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**Mehmet Can**, Präsident: Wir kommen zu unserem Tagesablauf. Und zwar haben wir als Entschuldigungen Hanna Kirchhofer, Mark Aellen, Nico Jonasch, Louis Seifried. Verspätet gemeldet haben sich Corinne Probst und Philipp Reck. Kurz noch ein paar wichtige Worte: Für das Protokoll bitte deutlich sprechen und Fragen bitte auch für das Protokoll wiederholen, damit sie auch korrekt übergehen. Nach der Beendigung bitte den Saal verlassen und zügig hinausgehen, damit schön aufgeräumt und abgeschlossen werden kann.

Eine dringliche Interpellation haben wir im Moment keine vorliegend. Ah, Entschuldigung, die Anwesenheitskontrolle haben wir übersprungen. Bitte entschuldigen Sie mich. Jonas Stettler führt sie schnell durch. – Besten Dank.

Also, wie erwähnt, haben wir keine dringlichen Interpellationen, die eingegangen wären. Bin ich richtig? Dringliche Postulate haben wir ebenfalls keine. Allerdings haben wir eine **dringliche Motion**, betreffend **Konsultativabstimmung**, von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, Urs Poživil von der FDP und Stephan Wolf von der Mitte-Fraktion. Sie wird soeben aufgelegt. Ich lese es schnell für das Protokoll vor, damit es auch korrekt ist:

*«Antrag: Die Gemeinde Allschwil führt bis zum Ende des zweiten Quartals 2026, unter den wahlberechtigten Einwohnern eine Konsultativabstimmung über die Verlängerung der Tramlinie 8 bis durch.»*

*Begründung: Seit längerer Zeit beschäftigt sich der Kanton und die Gemeinde Allschwil mit der Verlängerung der Tramlinie 8 bis zum neuen Wendepunkt beim Schulhaus Gartenhof. Diese Verlängerung hat grossen Einfluss auf die Verkehrssituation an der Binningerstrasse, wie auch auf das Entwicklungsgebiet Ziegelei. In den letzten Jahren wurden, im Kanton Basel-Landschaft, viele Vorlagen mit ähnlichem Inhalt an der Urne vom Volk abgelehnt. Die zuständige Kommission des Landrats hat die Vorlage sistiert bis aus Allschwil ein klares Zeichen zu diesem Projekt vorliegt. Ein solches Zeichen wäre die Konsultativabstimmung über die geplante Verlängerung. Sagt die Bevölkerung «Ja», kann der Kanton und auch die Gemeinde, die Planung in positiver Rückmeldung vorantreiben. Sagt die Bevölkerung «Nein», kann der Landrat die Vorlage zur Sistierung beantragen und die Kosten und Zeit für die weitere Planung anders nutzen.*

*Wir danken für die Unterstützung dieses Anliegens.*

*Für die Fraktion SVP Florian Spiegel, für die FDP-Fraktion Urs Poživil, und für die Mitte-Fraktion Stephan Wolf.*

Wir kommen sogleich zum Antrag. Wie zuvor erwähnt ... Entschuldigung, bevor wir dies tun, würde Florian Spiegel gerne etwas sagen, oder würde sonst noch jemand gerne etwas dazu sagen?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Also, ich sage etwas zur Dringlichkeit, sonst nichts, weshalb wir es heute bereits als dringlich eingegeben haben, ohne auf den Inhalt einzugehen: Die Dringlichkeit haben wir damit mitbegründet, dass wir heute wieder darüber diskutieren und eventuell zu einem Entscheid kommen würden, dass der Gemeinderat es so umsetzen soll. Dann würde es nach unserer Berechnung – und wenn wir falsch liegen würden, dann kann man es uns sagen, dann würde die Dringlichkeit hinfällig – noch auf eine Abstimmung im ersten Quartal reichen, Ende erstes Quartal, wenn wir es heute noch überweisen könnten. Wenn es heute nicht überweisen werden kann, und wir es im Dezember behandeln könnten, dann müsste es, glaube ich, zwingenderweise im zweiten Quartal stattfinden. Dann kann der Gemeinderat die Botschaft nicht mehr zur ersten Abstimmung im ersten Quartal senden. Eben darum steht auch *bis Ende zweites Quartal*, damit wir sicher wären. Also, die

Dringlichkeit ist damit gegeben, wie wir meinen, dann würde es noch für das erste Quartal reichen. Zum Inhalt würde ich mich dann in der Diskussion äussern und nicht jetzt.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat ist klar überzeugt, dass es sicher nicht dringlich ist. Wir haben auch eine Frage in dieser Richtung von Ueli Keller erhalten, die wir dann in der Fragestunde beantworten würden. Die Dringlichkeit sehen wir bei weitem nicht. Zum Inhalt äussern wir uns danach. Einfach zu bedenken geben, dass es halt ein komplexes Projekt ist, dem mit Ja oder Nein nicht Rechnung getragen werden kann. Wir sind nicht für die Dringlichkeit.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Florian, ich glaube, wir hätten es gerne diskutiert, aber ich weiss nicht, weshalb ihr nun eine dringliche Motion eine Minute vor der Sitzung bringt. Wir haben abgemacht, dass wir sie jeweils im Voraus teilen, mindestens Informationen geben, damit man sich zuvor mehr als 30 Sekunden darüber informieren kann. Es steht entgegen sämtlicher Gepflogenheiten, die wir hier eigentlich haben. Ich kann es nun aus dieser Position heraus nicht sagen. Ich hätte es sehr fruchtbar gefunden, wenn man es im Voraus verteilen würde, damit man es lesen und in den Fraktionen diskutieren kann. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Grundsätzlich, Christian, kannst du sonst auch eine kleine Pause verlangen, dann hast du zwei Minuten Zeit, um darüber nachzudenken, ob es dringlich ist oder nicht. Dass der Gemeinderat es nicht als dringlich empfindet, ist ja klar, weil er die Planung doch weiterführen will. Ich glaube, wir sind an einem Punkt, an dem wir bald seit Jahren darüber diskutieren, was mit diesem Tram ist. Wir hatten Partizipationsverfahren, hin und her, wir hatten Diskussionen usw. und wir wissen immer noch nicht, ob das Volk wirklich will, dass das Tram gebaut wird oder nicht gebaut wird, dass die Schienen an der Binningerstrasse durchziehen. Dementsprechend: Je schneller wir es wissen, umso besser ist es. Dann schafft es endlich einmal Klarheit in den Diskussionen. Deshalb ist von meiner Seite aus gesehen die Dringlichkeit gegeben. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Matthias Häuptli, Sie haben das Wort!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dieses Geschäft wird nun seit Jahren gewälzt. Es ist nun in der Landratskommission sistiert, es frisst dort kein Heu, solange es sistiert ist. Wir beraten nun in der KBU das Geschäft des Teilzonenplans Binningerstrasse. Darin ist die Tramplanung zumindest am Rande auch Thema. Die Kommission diskutierte auch in diesem Rahmen. Ich glaube, das darf man hier erwähnen, die Frage der Tramverlängerung muss thematisiert werden, sodass man allenfalls eine Volksabstimmung ermöglichen könnte. Ich finde es aber nun einen echten Schnellschuss, dass wir nun heute die Motion dringlich behandeln und verabschieden, ohne dass klar ist, wie das weitere Vorgehen ist. Das ist ein Schnellschuss. Man sollte es nicht jetzt machen. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben sich gemeldet!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Einfach nur kurz zur Ergänzung. Ja, Christian, du hast recht, wir konnten die letzten Gespräche definitiv erst heute abschliessen, und es ging wirklich um die Frist. Wie erwähnt, ich versuchte schon zuvor, es zu deuten, es hängt nun nicht wahnsinnig viel daran, dass es ... – wir haben gesagt, wenn der Einwohnerrat es auch so sieht, dass man es noch im ersten Quartal durchführen könnte, dann kann man dieser Dringlichkeit zustimmen. Wenn man der Meinung ist, dass es auch noch gut im zweiten Quartal reicht, so wie wir es geschrieben haben, und deshalb heute die Dringlichkeit mit diesen Punkten, die du auch gesagt hast, nicht geben will, dann ist es auch verständlich. Wir haben gedacht, wir legen es so vor. Es hätte ja sein können, dass man der Meinung wäre, es ist gut so. Wenn nicht, dann ist es auch völlig in Ordnung. Es hängt oder scheitert ja grundsätzlich nicht daran. Wir meinen, wenn wir es machen könnten, wäre das erste Quartal praktisch. Aber insofern, da es nun heute Abend schon einmal aufgelegt ist, haben zumindest alle davon gehört, und alle können sich, wenn die Dringlichkeit nicht durchkommt, was ein wenig absehbar ist, dann mindestens ordentlich darauf vorbereiten. Dann wissen alle, dass es im Dezember kommen sollte.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Urs Poživil!

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Henry hat es zuvor angesprochen. Wir können nun wirklich schnell ein Time-out machen, zwei Minuten die Köpfe zusammenstecken, ob dringlich oder nicht. Dann hätte auch der Herr, der zuvor das über Partizipation anführte, Freude, wenn er sieht, dass wir uns bemühen. Also, ich wäre schnell für zwei Minuten Köpfe zusammenstecken.

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, Herr Poživil, haben Sie einen Antrag auf Pause gestellt?

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: In diesem Fall stelle ich einen **Antrag auf ein Time-out**.

**Mehmet Can**, Präsident: In diesem Fall stimmen wir sogleich darüber ab. Wer für den Antrag ist – für fünf Minuten? Maximal fünf Minuten! – Wer für ein Time-out von fünf Minuten ist, der soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Gut, Stimmzählerinnen bitte zu mir!

**://:**

Sie haben zu diesem Time-out mit 17 Ja, 15 Nein und 2 Enthaltungen Ja gesagt.

In diesem Fall haben wir fünf Minuten, d. h., um 20 vor sieben sind wir bitte wieder hier.

#### TIME-OUT

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Florian Spiegel, Sie haben etwas zu sagen?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ja, besten Dank. Herzlichen Dank auch für die Pause. Wir konnten es noch kurz bereden. Ich habe es zuvor bereits angedeutet: Wir können die Punkte sehr gerne aufnehmen und verstehen es auch mit dem Zeitdruck. Zudem ist ja, glaube ich, nach unserem Wissensstand jetzt, der März auch bereits ziemlich voll mit Abstimmungen. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, dass wir die Dringlichkeit wieder zurückziehen und somit einfach als normalen Vorstoss eingeben würden. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Somit hätten wir es geklärt. Wir kommen zu den **übrigen Vorstössen**. Es gingen ein:

- ER-Geschäft 4805, **Interpellation** betreffend **gefährliche Parksituation in der Ochsen-gasse**, von Nico Jonasch der FDP-Fraktion.

Dadurch, dass Nico Jonasch nicht anwesend ist, frage ich Urs Poživil, ob er kurz das Wort haben möchte. Nein. Dann gehen wir zum nächsten Geschäft

- ER-Geschäft 4807, **Postulat** betreffend **Spielplatz Neualtschwil** von Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion, und Simon Trinkler von der Grünen-Fraktion.

Möchte jemand etwas dazu sagen? Nichts. Demnach zum nächsten Geschäft:

- ER-Geschäft 4808, **Interpellation** betreffend **Tagesstrukturen** von Romina Stefanizzi der SVP-Fraktion.

Frau Stefanizzi, möchten Sie etwas sagen? Nichts! Als letztes Geschäft haben wir das

- ER-Geschäft 4809, **Motion** betreffend **für den Einbau von neuen selbstreinigenden WC-Anlagen in das bestehende Tramhaus am Lindenplatz 8 in Allschwil**, von Fredy Rellstab der SVP-Fraktion und Corinne Probst-Gadola der Mitte-Fraktion.

Frau Probst oder Herr Rellstab? Nichts? Okay, dann wäre das somit auch erledigt.

**Mehmet Can**, Präsident: Die **Traktandenliste** ist rechtzeitig eingegangen. Sind allfällige Änderungen oder eine Bereinigung wünschenswert? Nicht. In diesem Fall ist die Traktandenliste in dieser Form **genehmigt**. Wir kommen zu unserem ersten Geschäft.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2025, sowie Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 7.10.2025, betreffend Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und Beantwortung Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Urs Poživil, FDP, betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen, 1. Lesung, Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4181C / D / 4678A / B

---

**Mehmet Can**, Präsident: Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass es sich um eine 1. Lesung handelt. Ist Eintreten bestritten? Nein. Damit kommen wir zu den Ausführungen zuerst von KSD-Präsidentin Laura Neuhaus. Anschliessend hat Gemeinderat Philippe Hofmann das Wort, danach kommen wir zur allgemeinen Beratung. Frau Laura Neuhaus, Sie haben das Wort!

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerratsmitglieder, sehr geehrte Anwesende. Eine kurze Vorbemerkung zu diesem Geschäft: Die KSD war sich in den bisherigen Sitzungen in vielerlei Hinsicht einig, was die Änderungen im Reglement betrifft. Im Vorfeld dieser Sitzung wurde ich aber darauf aufmerksam gemacht, dass einige Punkte mehr Fragen und Diskussionen ausgelöst haben, als das von der KSD beabsichtigt gewesen ist. Wir haben uns daher kurz darüber schriftlich ausgetauscht, wie wir mit diesem Geschäft am sinnvollsten weiterfahren möchten. Höchstwahrscheinlich werden wir nicht drumherumkommen, dass das Geschäft noch einmal an die KSD zurückgewiesen wird. Die offene Frage ist lediglich, ob der Antrag vor oder nach der ersten Lesung oder der ersten Diskussion gestellt werden soll. Wir sind der Ansicht, dass es sinnvoll ist, zunächst eine erste Diskussionsrunde zu führen, in der wir einen Überblick über die offenen Fragen und möglichen Probleme erhalten. Damit können wir die nächste Sitzung der KSD gezielter und effizienter gestalten. Ich möchte an dieser Stelle alle Anwesenden bitten, sich bei ihren Wortmeldungen möglichst kurz zu fassen. An der nächsten Sitzung der KSD zu diesem Geschäft werden Vertreterinnen und Vertreter logischerweise aller Fraktionen sowie Philippe Hofmann für den Gemeinderat eingeladen sein. Bis dahin besteht für alle die Möglichkeit, ihre Anliegen auch direkt den jeweiligen Kommissionsvertretern mitzuteilen. Insbesondere, falls Sie heute Abend mit Ihrer Wortmeldung zu kurz kommen sollten.

Jetzt zum eigentlichen Inhalt: Die von der KSD erstellte Synopse bietet vermutlich den besten Überblick über dieses Geschäft. Ich werde daher nicht auf sämtliche Punkte im Detail eingehen, sondern lediglich jene erläutern, die aus Sicht der KSD möglicherweise Anlass zu Diskussionen oder Fragen geben könnten.

#### § 4 Anwohnerparkkarten

In der Kommission fand eine ausführliche Diskussion darüber statt, wie wir möglichst allen Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil Parkkarten zur Verfügung stellen können, ohne gleichzeitig Missbrauch durch Fälschungen oder Duplikate zu erleichtern. Deshalb haben wir Abs. 1 umformuliert und versucht, den bisherigen Abs. 1a des Gemeinderats zu integrieren. Der Verweis auf Art. 77 VZV soll sicherstellen, dass nicht beliebige Fahrzeuge abgestellt werden dürfen, sondern nur solche, die in der Regel über Nacht in Allschwil parkiert sind. Nach unserer Auffassung ist diese Formulierung präziser, wodurch auch auf den bisherigen Abs. 1a des Gemeinderats verzichtet werden kann. Stattdessen haben wir einen neuen Abs. 1a formuliert, um auch Personen, die kein eigenes Fahrzeug besitzen, sondern beispielsweise ein Mietfahrzeug nutzen, die Möglichkeit zu geben, es in Allschwil zu parkieren. Dies erfolgt in Anlehnung an und als Ergänzung zu Abs. 2, der bereits besteht, und die Carsharing-Organisationen betrifft. Alternativ könnte dieser Punkt auch als Abs. 2a oder Abs. 3 eingefügt werden. Aus unserer Sicht ist diese vorgeschlagene Ergänzung jedoch sinnvoll.

#### § 7 Gemeinsame Bestimmungen

Die KSD erachtet es als wichtig, dass die Parkkarten weiterhin kontrollschildgebunden bleiben. So soll verhindert werden, dass ein Geschäft oder eine Privatperson beliebig viele Kopien der Einwohnerparkkarte ausdrucken und weitergeben kann. Offenbar gibt es dazu aber einen Input des Gemeinderats, was uns in der Diskussion noch nicht bekannt war. Deshalb sind wir nun gespannt.

§ 12 Rückgabe und Entzug

Hier ist anzumerken, dass Abs. 1 nach Ansicht der KSD für die Praxis keine Relevanz hat. Gemäss unserem Kenntnisstand können Parkkarten von den Nutzenden selbst ausgedruckt werden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Rückgabe erscheint daher widersinnig.

Sollten zu weiteren Punkten Fragen auftauchen, werde ich mich im Rahmen der Diskussion gerne dazu äussern.

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank, Frau Neuhaus. Nun wäre Philippe Hofmann an der Reihe. Möchten Sie etwas dazu sagen? Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzte Laura. Selbstverständlich werde ich etwas dazu sagen. Danke vielmals, dass sich die Kommission KSD dieses Reglements angenommen hat. Ich kann die Katze aus dem Sack lassen: Was wir zuvor rund um den Brei gesprochen haben: Die Idee wäre gewesen, man darf auch Leute aus der Verwaltung und der Politik in die Vorbesprechung einladen. Dann klären sich ein paar Dinge manchmal schon vorher, die man nicht im Einwohnerrat öffentlich klären müsste. Nun, macht nichts, es war so, wie es war, nun liegt es vor. Der Einwohnerrat hat beschlossen, dass er heute die 1. Lesung durchführt. Dementsprechend gehen wir in eine weitere Runde zum Geschäft 4181, bzw. 4678, Teilrevision des Parkraumreglements, sowie damit verbunden die Motion Parkkarten für Allschwiler Unternehmen.

Im Konkreten ist es die Synopse, die vorgeschlagen wurde. Die einzelnen Punkte haben wir zuvor gehört, wo die grössten Abweichungen gegenüber der Version des Gemeinderats vorhanden sind. Ich denke, wir werden sie nachher im Detail besprechen können. Der Bericht der KSD zeigt noch viele weitere Anmerkungen auf, mit denen der Gemeinderat zum grossen Teil einverstanden ist, dies kann man schon mal vorwegnehmen. Handkehrum gibt es zu den Punkten, die vorher aufgelistet wurden, sicher noch einzelne Ansichten zu besprechen. Auch deshalb werden natürlich seitens des Gemeinderats noch ein paar Dinge dann korrigierend eingefügt, damit wir das Ganze ins richtige Licht rücken. Aber ich denke, das ist dann der Fall, wenn wir diese Paragraphen einzeln besprechen. Soweit, danke vielmals fürs Wort und gute Beratung.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön, Herr Philippe Hofmann. Jetzt wären wir eigentlich mit der allgemeinen Beratung an der Reihe. Ich sehe, es gibt keine ... Entschuldigung, Herr Häuptli, Sie haben das Wort!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Als Motionär und auch im Namen der Fraktion EVP/GLP/Grüne möchte ich hier sprechen. Wir unterstützen das Reglement, wie es jetzt vorliegt. Es erfüllt die Motion. Es gibt noch andere Punkte darin, die wir ebenfalls unterstützen. Wir denken auch, dass es keine Gründe gibt, dieses Geschäft noch einmal an die Kommission zurückzuweisen. Ich möchte daran erinnern: Wir hatten dieses Geschäft schon einmal hier und hatten es der Kommission überwiesen, damit es beraten wird. Das hat auch stattgefunden. Ich war etwas über die Ausführungen der Kommissionspräsidentin überrascht, denn es entspricht doch nicht unbedingt dem, was die Kommission beschlossen hat. Die Meinung wäre ja, dass man das hier vertritt, und nicht das, was der Wunsch des Gemeinderats ist, der nach der Kommissionsberatung interveniert hat. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Matthias Häuptli, Entschuldigung, dass wir es auch richtigstellen: War das ein Antrag oder war das eine Empfehlung?

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Das war ein Votum zur allgemeinen Beratung. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Weitere Wortmeldungen? Frau Noëmi Feitsma!

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich wollte einfach noch kurz auf eine Lücke hinweisen, die durch die Streichung des Paragraphen 4 vom Vorschlag des Gemeinderats entstanden ist. Und zwar ist es so, dass, wenn jemand persönlich ein Geschäftsauto in einer Firma hat, die den Standort, den Firmensitz im Kanton Basel-Landschaft hat, der Fahrzeugausweis nicht auf den Namen dieser Person ausgestellt wird, sondern immer auf den Namen der Firma. Es ist auch keine Bemerkung drin, wer der Halter ist, sondern das Auto läuft dann auf den Namen der Firma. Diese Personen sind dann, so wie es jetzt formuliert ist, nicht in der Lage, eine Anwohnerparkkarte zu erhalten. Dies, obwohl sie dieses Auto als Lohnnebenleistung versteuern, es eigentlich ihr persönlicher

Personenwagen ist und sie Steuern in Allschwil bezahlen. Darauf möchte ich einfach noch einmal hinweisen. Es ist eine Lücke, und ich finde, es ist gegenüber einem Anwohner, der ein Auto mietet, keine Gleichbehandlung.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Florian Spiegel!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Wir sind von unserer Seite grundsätzlich damit einverstanden, so wie es vorliegt. Wir haben noch ein, zwei Klärungsfragen zu dieser Thematik. Für eine allfällige Korrektur in der 2. Lesung bei der Unternehmensparkkarte: Das ist eigentlich mit diesen 50 Franken so angesetzt, ein wenig abweichend von einer Angestelltenparkkarte. Wir gehen davon aus, dass dort der Hintergrund war, dass sie auch für Unternehmer sein könnte, welche in Allschwil sind, sprich, nicht nur jener, der das Fahrzeug eines Unternehmens an einem anderen Ort zugelassen hat. Sondern, dass auch Allschwiler Unternehmen ihre Fahrzeuge damit nachher die Parkkarte beantragen könnten. Was grundsätzlich nicht abwegig ist und auch nicht sein soll. Wir fragen uns nur, weshalb man in der Verordnung die Angestelltenparkkartenregeln, mit dem, wie es der Rat mal wollte, mit den Abstufungen nach Mitarbeiter, und dass man es jetzt bei den Unternehmerparkkarten nicht macht. Aus unserer Sicht laufen wir jetzt Gefahr, dass, wenn ein Unternehmer 40 Firmenfahrzeuge auf das Unternehmen zugelassen hat, für diese 40 Firmenfahrzeuge damit ohne Beschränkung Parkkarten beantragen könnte und wir somit wieder 40 Firmenfahrzeuge hätten, die z. B. auf der Allmend stehen können. Das würde mit dem, was drinsteht, wieder möglich sein. Dies wollten wir explizit nicht mehr. Deshalb ist unsere Frage: Weshalb würde man Angestelltenparkkarte und Unternehmerparkkarte im Schlüssel gleich behandeln? Sonst würden wir dann, wenn der Gemeinderat nicht meint, dass er dies in der Verordnung selbst ändert, was er kann, dementsprechend sonst einen Antrag auf die 2. Lesung stellen müssen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Neuhaus, Sie haben sich gemeldet!

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Ich habe noch eine ergänzende Frage zur Lücke, die angesprochen wurde. Ich habe es nicht ganz verstanden. Inwiefern soll eine Lücke entstehen?

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Weil der Anwohner oder die Anwohner keinen Fahrzeugnachweis, auf dem der Name steht, einreichen kann. Und dieser Anwohner oder diese Anwohnerin kann auch keine Mietbescheinigung oder Ähnliches einreichen, weil es effektiv der Personenwagen ist, der dieser Person gehört, aber im Fahrzeugausweis die Firma als Besitzer eingetragen ist, weil die Person diesen Wagen als Lohnnebenleistung erworben hat.

**Mehmet Can**, Präsident: Fürs Protokoll: Das war Noëmi Feitsma. Philippe Hofmann hat sich vorher gemeldet, oder wollen Sie lieber ...? er gibt vor.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Einwohnerrat geht vor.

**Mehmet Can**, Präsident: So ist es. Frau Neuhaus!

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Nein, ich möchte noch kurz Art. 77 VZV noch einmal durchlesen, denn ich glaube, genau das ist die Sache, dass man auch Fahrzeuge, die den Standort hauptsächlich an einem Ort haben, einlösen kann. Aber ich schaue es noch einmal kurz an.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, liebe Noëmi. Ich muss schnell nachfragen, weil ich es nicht vollständig verstanden habe. Zu 4: Es geht um die Einwohnerparkkarte, die explizit nicht geschäftlich genutzt werden darf. Und eine einer Firma, wäre über die Unternehmensparkkarte zu regeln. Durchaus ist es so, dass es im Fahrzeugausweis keinen kommunalen Eintrag gibt. Es ist eine kantonale Sache. Das ist ja genau der Punkt, weshalb wir Unternehmensparkkarten einführen, weil wir keinen kommunalen Eintrag machen können. Im Fahrzeugausweis ist es schlichtweg nicht vorgesehen. Deshalb kann jemand, der ein Firmenauto hat, und im Kanton Basel-Landschaft ist, nicht die Standortadresse Allschwil eintragen. Das gibt es nicht. Das gibt es nur mit ausserkantonalen Fahrzeugen. Dies hatte ich schon einmal versucht zu erklären. Dass es eine hochkomplizierte Sache sei, ist es ja, das hatten wir bereits mit diversen Leuten. Genau das ist doch die Krux. Aber das löst es nicht. Dieses Feldchen gibt es im Fahrzeugausweis dann trotzdem nicht.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mit deiner Aussage, Philippe, bin ich nicht ganz zufrieden, aber ich weiss es nicht auf sicher. Auf jeden Fall ist das, was Noëmi sagt, grundsätzlich falsch. Denn wenn wir nun eine Firma in Binningen annehmen, welche 40 Mitarbeiter hat und 40 Wagen hat, und dann ein Mitarbeiter einen Wagen mit nach Hause nimmt, müssten wir theoretisch alle 40 Wagen anmelden, weil er grundsätzlich jeden Wagen fahren darf. In einem normalen Geschäft ist es eigentlich so geregelt, dass bei denjenigen, die ein Auto haben, der Name sowie die Adresse des Fahrers drin ist. Das ist bei mir auch der Fall, dass mein Name drinsteht, obwohl es ein Geschäftswagen ist. Die anderen Wagen müssten theoretisch dort übernachten, wo sie eingelöst sind. Wenn die 40 Wagen also in Binningen wären, müssten sie dort übernachten und nicht in Allschwil. Dementsprechend kann man nicht einen Wagen einer Firma einer Person zuordnen, sonst müssten alle Wagen der Firma dieser Person zugeordnet werden können, oder alle Wagen allen Personen der Firma. Das funktioniert eigentlich nicht.

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Noëmi Feitsma!

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Danke, dass ich sogleich das Wort erhalten habe. Das, was Henry Vogt interpretierte, dass ich gesagt habe, das wäre tatsächlich so falsch gewesen, wenn es so gewesen wäre, wie es Henry Vogt verstanden hat. Ich habe mich aber nicht auf Firmenwagen bezogen, sondern ich meine z. B., dass es von der Firma Elco oder von der Firma Würth viele Wagen gibt. Die grossen Firmen haben viele Wagen, die einem Mitarbeiter zugeordnet sind. Dieser Mitarbeiter hat das Anrecht, diesen Wagen eigentlich über die Firma privat zu kaufen, weil er tagtäglich auf das Fahrzeug angewiesen ist, weil er eine berufliche Tätigkeit hat, bei der er eigentlich den ganzen Tag mit dem Auto herumfährt. Bei diesen Personen gehört das Auto eigentlich diesen Personen, sie bezahlen es, es ist auf dem Lohnausweis aufgezeigt. Aber laut Fahrzeugausweis ist es nicht dieser Person zugeordnet, sondern dieser Firma. Es geht also nicht um Firmenwagen, nicht um eine Firma, die 40 Wagen dort stehen hat. Henry Vogt bezieht sich auf Poolwagen. Das sind sog. Poolwagen, die mehrere Mitarbeiter benutzen können. Ich spreche nicht von Poolwagen, ich spreche von Wagen, die eigentlich auf einen Mitarbeiter persönlich ausgestellt werden, aber nicht im Fahrzeugausweis verankert werden können.

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank, Frau Feitsma. Nun hat sich zuerst Laura Neuhaus gemeldet, anschliessend Henry Vogt und danach Philippe Hofmann. Frau Neuhaus, Sie haben das Wort!

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Vielleicht ganz kurz als Erläuterung, was die KSD jetzt vorschlagen würde. Art. 77 VZV sagt:

*«Als Standort gilt der Ort, wo das Fahrzeug nach Gebrauch in der Regel für die Nacht abgestellt wird.»*

Es hat nichts damit zu tun, wer im Fahrzeugschein aufgeführt ist, und nichts damit, wer Halter ist, sondern einfach nur damit, wo das Fahrzeug hauptsächlich steht. Ich glaube, damit sind schon ziemlich alle Leute integriert. Also, ich müsste es ganz übel missverstanden haben, wenn es nicht so wäre. Aber ich kann es gerne noch einmal anschauen. Und vielleicht der Vorschlag, dass wir das Ganze dann auch in der Diskussionsrunde, die ja ohnehin noch kommt, noch einmal genauer erläutern oder anschauen.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Henry Vogt, Sie haben das Wort!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Nur kurz, Noëmi. Wenn du sagst, dass ein Mitarbeiter das Fahrzeug gekauft hat, dann gehört es einfach nicht mehr der Firma, dann gehört es dem Mitarbeiter, dann ist nicht der Firmenname drin, dann ist der Name des Mitarbeiters drin. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Und falls das nicht der Fall wäre, wäre es auch über die kantonale Firmenkarte regelbar.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend kommen wir zum Gemeinderatsbericht. Gibt es allfällig zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung des Gemeinderatsberichts? Ist es erwünscht? Nein. In diesem Fall gehen wir direkt zur **1. Lesung des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung**. Ich bitte den 2. Vizepräsidenten, das

Reglement oder die Synopse der KSD paragrafenweise zu lesen, und den 1. Vizepräsidenten, bitte das Gespräch zu leiten. Danke schön.

## A. KONZEPT

### § 1 Zweck

keine Wortmeldung

### § 2 Massnahmen

keine Wortmeldung

## B. PARKKARTEN UND GEBÜHREN

### § 3 Parkkarten Grundsatz Seite 3

keine Wortmeldung

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Entschuldigung, Herr Gemeinderat Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Zum § 3 wegen der Gebühren: Es war ja noch die Diskussion wegen der Fälschungen, die vorkommen. Dazu muss man einfach immer klar offen und transparent sein. Fälschungen, Missbrauchspotenzial besteht immer, egal, wie man es regelt. Man kann es nicht verhindern. Dem sind sich der Gemeinderat und die Verwaltung selbstverständlich bewusst. Allerdings können Fahrzeuge ohne Karten mit einer App überprüft werden. Wenn das Vorhandensein einer entsprechenden Bewilligung dann vorliegt, kann es elektronisch festgestellt werden. Das muss man dann aber bei Tages- und Halbtageskarten entsprechend auch nicht büssen. Dies einfach zum Kontext, nicht dass man die Vorstellung hätte, egal was man macht, man würde jeder Fälschung und Missbrauchsbewegung einen Riegel vorschieben, das würden wir schlichtweg nicht hinbekommen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen

### § 4 Anwohnerparkkarte Seite 4

keine Wortmeldung

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Entschuldigung, Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also, ich denke, jetzt geht es darum, dass wir Anträge gegeneinander diskutieren, oder noch nicht?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Anträge werden erst in der 2. Lesung gestellt.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Dann bemerke ich einfach dazu, was aus Sicht des Gemeinderats hier ist. Okay. Es liegt ja der Wortlaut der KSD vor, welche diesen Antrag wegen des Standorts und des Wohnsitzes eigentlich gerne abändern möchte. Wenn man den Art. 77 VZV mal liest, ist es das eine. Wenn man aber sieht, was er bedingt, dann ist es das andere. Nun muss man einfach sagen: Die vorgeschlagene Änderung der KSD ist aus praktischer Sicht einfach kaum machbar, oder? Denn man muss dann nämlich viele Dinge feststellen und überprüfen. Und zwar seht ihr ja die Anforderungen, die unter a) drinstehen:

*„Bei Fahrzeugen, die während der Woche ausserhalb des Wohnsitzkantons des Halters verwendet und durchschnittlich mindestens zweimal im Monat über das Wochenende im Wohnsitzkanton des Halters untergebracht werden“,*

Heisst nichts anderes, als dass die Gemeindepolizei künftig bei jedem Fahrzeug überprüfen müsste, ob dieses Fahrzeug mindestens zweimal im Monat im Wohnsitzkanton abgestellt wurde, und ob es nicht länger als neun aufeinanderfolgende Monate am Stück in anderen Kantonen genutzt wurde. Das ist nicht realistisch! Das geht nicht. Das kann die Polizei nicht leisten. Einfach nur zum Mitgeben. Ich

verstehe die Intention dahinter. Die ist grundsätzlich auch nicht falsch. Aber wir können es auf diese Weise schlichtweg nicht umsetzen. Es ist einfach nicht praktikabel. Das ist auch der Grund, den wir hier haben. Wir müssten dann auch noch gewissermassen rückwirkend nachvollziehen können, wo und wie lange ein Fahrzeug in der Schweiz an irgendeinem Ort abgestellt war. Das ist technisch keineswegs möglich. Man kann es mit den Mitteln, die man hat, gar nicht feststellen. Somit: Es wäre zwar nett, wenn man es so schreiben würde, aber man kann es nicht nachvollziehen.

Deshalb ist klar, dass der Gemeinderat an seiner Haltung festhalten wird, dass wir mit der Regelung, die wir haben, eine Anwohnerparkkarte einfach über den Fahrzeugausweis überprüfen können. Dies war stets die Grundintention, die wir bis jetzt in allen Diskussionen immer hatten, dass wir via Fahrzeugausweis überprüfen können, wer der Halter ist. Mit der neuen Regelung ist es schlichtweg nicht mehr machbar. Dies hat auch zur Folge, das muss man bedenken, dass dann theoretisch alle Fahrzeuge in Allschwil eine Anwohnerkarte beantragen können. Wir wohl nicht unbedingt geschehen, aber die Einhaltung dieser Kriterien zu kontrollieren, wäre schlichtweg nicht mehr machbar. Das muss ich klar sagen. Es kann so nicht drinstehen. Wir müssen es vielleicht wirklich noch einmal besprechen, was genau die Intention war und wie man es umsetzt. Aber aus Sicht des Gemeinderats und der Verwaltung ist es widersinnig, etwas in ein Reglement zu schreiben, was die Polizei in der Arbeit derart behindert, dass sie alle andere Arbeit so nicht mehr ausführen kann. Dementsprechend möchten wir gerne absehen, dass es nicht reingenommen werden sollte. Soviel mal fürs Erste.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es war weder von der Motion noch von der KSD sicher nie die Absicht, dass man eine Regelung trifft, die nachher kompliziert zu überprüfen ist, und schon gar nicht, dass man materiell überprüfen muss, ob die Voraussetzungen nach Art. 77 VZV erfüllt sind. Sondern die Meinung ist eigentlich, dass der Standorteintrag im Fahrzeugausweis den Nachweis bringt, wo eben der Standort ist. Was an der ursprünglichen Version des Gemeinderats störte, ist, dass mit dem Nachweis des Arbeitsverhältnisses solche Geschäftsfahrzeuge, die in einem anderen Kanton oder im Ausland immatrikuliert sind und eigentlich in Basel-Landschaft eingelöst werden müssten, dann trotzdem Anspruch auf eine Anwohnerparkkarte gehabt hätten, wenn man das Arbeitsverhältnis nachweist, obwohl das Fahrzeug eigentlich nicht korrekt immatrikuliert ist. Deshalb kam man eigentlich auf die Lösung, dass man einfach auf den Haltereintrag abstellen könnte.

Nun ist es aber offenbar unklar oder möglicherweise so, dass die ganze Geschichte mit dem Standorteintrag im Fahrzeugausweis nur dort so gehandhabt wird, wo es um eine ausserkantonale Immatrikulation oder einen ausserkantonalen Standort geht. Wenn es tatsächlich so ist, muss man halt noch eine Regelung für diese Geschäftsfahrzeuge finden, die jemand innerhalb des Kantons mit nach Hause nimmt. Ich werde dies auch noch einmal anschauen und für die 2. Lesung einen entsprechenden Antrag bringen, damit man diese Lücke dann schliessen kann. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Danke vielmals für die wohlwollenden Worte. Genau der letzte Teil von deinen Voten, wie die Regelung über die Unternehmerparkkarte, die wir geschaffen haben, dass wir es machen können. Die Krux ist wirklich, man kann sich daran orientieren: Es ist ein kantonales Dokument und lässt keine kommunalen Einträge zu. Genau dies ist die Problematik, die wir für alle Firmenfahrzeuge, die Firmensitz im Kanton Basel-Landschaft, aber nicht in Allschwil haben, regeln müssen. Für alle Ausserkantonalen ist es kein Problem, aber für die Innerkantonalen ist genau dies die Herausforderung. Das ist so. Aber nehmt das, was hier ist, bitte mit, das ist gut.

Dann noch schnell eine Bemerkung: Es gibt zwei Dinge. Einerseits ist die korrekte Immatrikulation auch eine Zollfrage, wenn es ausländische Sachen sind. Dies hat aber hier nichts verloren, es ist nicht Gegenstand der Regelung, auf die wir eingehen müssten. Wenn der Halter oder Nutzer gegen die Zollbestimmungen verstösst, ist das sein Problem, aber nicht Ahndungsgebiet des Parkraumreglements, so wie wir es hier vorliegend haben. Somit ist die vorliegende Immatrikulation die, welche wir annehmen. Ob sie rechtens ist oder nicht, haben wir nicht zu beurteilen, sondern das muss der Zoll machen. Dafür gibt es auch klare Vorschriften.

Vielleicht noch schnell etwas, was zuvor zudem war und ich vergessen habe, um mitzunehmen: Was ich noch sagen muss: Die Bestimmung betreffend Mietfahrzeuge, welche aufgeführt ist, kann ich nicht genau erschliessen. Ich sehe die Haltung nicht, ich sehe den Bedarf nicht. Man muss auch sagen:

Seit 2023 gibt es keinen einzigen Antrag hinsichtlich dieser Fahrzeuge. Wenn man es auch noch gleich für die 2. Lesung mitnehmen könnte, wäre man auch noch froh, um zumindest der Verwaltung und mir zu erklären, was genau die Absicht dahinter ist. Wir haben den Fall schlichtweg nicht erkannt. Wenn es einen gibt, bitte nur zu, dann wollen wir schauen, wie wir es regeln können.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Niggi Morat!

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Philippe. Es gibt solche Fälle, ich könnte euch Beispiele nennen, aber machen wir das doch an einer Sitzung der KSD.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Keine weiteren Wortmeldungen.

#### § 5 Angestelltenparkkarte Seite 5

keine Wortmeldung

#### § 5a Unternehmerparkkarte Seite 6

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Florian Spiegel!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich komme noch einmal mit der Frage von vorhin. Dort ist genau das, worauf ich angesprochen habe.

*„Abs. 2 – Der Gemeinderat kann die maximale Anzahl der Angestelltenparkkarten je Betrieb absolut oder relativ zur Anzahl Vollzeitstellen des Betriebs in der Verordnung begrenzen. Er kann in begründeten Fällen Ausnahmen von der Begrenzung bewilligen.“*

Dies ist genau das, was wir eigentlich bei den Angestelltenparkkarten handhaben. Dies war damals bei der Einführung genau ein grosser Wunsch, dass wir nämlich eben eine solche Regelung haben, wie sie in der Verordnung steht. In der Verordnung, wie sie jetzt in der Synapse vorliegt, sehe ich bis jetzt nicht, dass der Gemeinderat eine Anpassung vorgenommen hätte, und eigentlich nicht, dass er zum Beispiel sinnvollerweise dieselbe Praxis bei den Angestelltenparkkarten anwenden würde. Aber wie zuvor erwähnt kommen wir noch einmal genau zu diesem Punkt: Mit diesem System könnte rein theoretisch ein Mietfahrzeughändler mit Standort Allschwil seine Flotte hinstellen und könnte für jedes Fahrzeug eine Parkkarte beantragen. Es kann eine Firma mit 40 Servicefahrzeugen daherkommen, die aber nachweislich diese Parkplätze nicht hat, sie könnte aktuell für alle 40 ein solches Ding beantragen. Also das, worüber wir bei der Angestelltenparkkarte lange diskutierten, als es auch der grosse Wunsch war und weshalb es das erste Mal unter anderem bachab ging, nahm man dann zumal auf. Und jetzt wenden wir diese Regelung plötzlich nicht mehr an. Da ist noch einmal meine Frage: Weshalb macht man nicht vom demselben Schlüssel Gebrauch?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Florian Spiegel, besten Dank für diese Frage. Ich bin wahrscheinlich zu langsam, ich habe sie nicht vollkommen begriffen. Erkläre sie mir bitte nachher, ich nehme sie mit, dann schauen wir sie uns noch einmal auf die 2. Lesung an, dass ich sie noch einmal anschauen kann. Ich kann dir, glaube ich, im Moment keine schlaue Antwort darauf geben. Ich meine, es gäbe eine Logik dahinter, und es wurde so besprochen, wie wir das Ganze gemacht hätten. Wenn wir eine Firma mit 40 Servicefahrzeugen anziehen können, freue ich mich natürlich für Allschwil, einen tollen Unternehmer hier zu haben. Aber selbstverständlich muss dann auch geregelt sein, um wie viele Anwohnerparkkarten es geht. Art. 2 regelt ja, wie viele Prozent Fahrzeuge pro Mitarbeiter sie haben dürfen. Dementsprechend müsste sie schon mal so viele Mitarbeiter haben, dass man überhaupt 40 Fahrzeuge einlösen kann. Wir können es aber gerne noch einmal anschauen, wenn du einen anderen Schlüssel kennst.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Laura Neuhaus!

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Vielleicht noch als kurze Ergänzung: In der KSD haben wir es natürlich auch angeschaut, haben es dann aber, soweit ich mich erinnern mag, als sinnvoll erachtet, dass man die genaue Detailregelung danach in der Verordnung dem Gemeinderat überlässt.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Keine weiteren Wortmeldungen

§ 6 Tagesparkkarten Seite 6

keine Wortmeldung

§ 7 Gemeinsame Bestimmungen Seite 7

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine Wortmeldungen... doch, Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Entschuldigung, ich bin nicht so schnell. Auch da geht es um kontrollschildgebunden oder eben nicht kontrollschildgebunden. Es ist so: Der von der Verwaltung vorgeschlagene Passus wegen der Kontrollschilder-Unabhängigkeit der Parkkarten weist einfach einen administrativen, unterschiedlichen Aufwand im Hintergrund auf, als wenn es kontrollschildgebunden ist. Die Idee ist nämlich, dass wir gesagt haben, wir geben Firmen auf den Namen der Firma neutral ausgestellte Anzahl Parkkarten aus, wie sie gemäss Verordnung zugute haben. Wenn dies dann kontrollschildgebunden ist, dann muss man gewissermassen jedes einzelne Fahrzeug, welches wir dann hier haben, im System einfach immer manuell erfassen. Heisst aber auch für den Unternehmer, dass er es gewissermassen bei jedem Fahrzeugwechsel mit Nummernschildwechsel jedes Mal melden muss. Wenn dies ein Unternehmer mit 40 Fahrzeugen ist, wie wir es als Beispiel zuvor angesprochen haben, der allenfalls eine grössere Flotte hat und dann ein paar Fahrzeuge ersetzen muss, ein paar hereinnimmt, herausnimmt etc., hat er einfach einen grösseren Aufwand. Und die ganze Administration bei der Polizei wird natürlich auch nicht einfacher.

Angesichts dessen waren wir der Meinung, dass es einfacher und vor allem unternehmerfreundlicher und praktikabel ist, wenn wir sagen, es gibt eine bestimmte Anzahl an Firmenkarten, die man dann haben kann. Diese kann man dann entsprechend nicht kontrollschildgebunden verwenden. Dies war die Idee dahinter. Wir möchten dabei schlank hindurch und keinen riesengrossen Aufwand betreiben, weder auf der Verwaltung, noch bei den Unternehmern.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Keine weiteren Wortmeldungen? Ah, Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde einfach gerne vom Gemeinderat wissen, wie er sich das vorstellt, wie man es kontrollieren kann, wenn kontrollschildungebundene Parkkarten herumschwirren. Also, haben sie irgendwelche fälschungssichere Merkmale oder wie soll es dann kontrolliert werden? Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also dies überlasse ich der Polizei und nicht dem Gemeinderat, wie man es dann kontrolliert. Das ist nicht meine Aufgabe. Aber dazu kann ich aus der Praxis sagen: Selbstverständlich gibt es auch eine Handhabung. Wir haben zuvor gesehen, einerseits die Karten, die dann vorhanden sind. Man muss von der Illusion wegkommen, dass man alles bis ins letzte Detail kontrollieren könne. Fälschungsmissbrauch gibt es immer. Grundsätzlich sind wir aber nicht der Meinung, dass quasi jeder da draussen ein Gauner ist und versucht, Karten à gogo und à discrétion anzufertigen. Sondern, dass wir unsere Unternehmer hier in Allschwil einigermassen auch kennen und ungefähr wissen, wer wie viele Karten hat. Die Polizei geht doch nicht nur einmal pro Schaltjahr raus, sondern führt diese Kontrollen regelmässig durch. Und da sieht sie auch regelmässig dieselben Fahrzeuge. Dementsprechend wird man auch feststellen können, welche Fahrzeuge was wo haben. Einfach mal so ein praktikabler Umgang, den wir betreiben. Für mich geht es aber mehr um eine Haltnungsfrage, die dahintersteht: Möchte man gerne davon ausgehen, dass grundsätzlich jeder versucht, mehr oder weniger zu betrügen, oder nicht? Oder wollen wir hauptsächlich viel Aufwand generieren oder wollen wir versuchen, möglichst wenig Aufwand zu generieren? Dazu sind der Gemeinderat und die Verwaltung natürlich der Ansicht, dass man vor allem auch von Unternehmenseite, vernünftigen Aufwand generieren soll.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen

§ 8 Gebühren Seite 7

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Auch dazu hat der Gemeinderat eine Meinung. Und zwar, dass man nicht die Kannformulierung nehmen soll, sondern dass es eine klare, absolute Formulierung sein soll. Und zwar ist mit der Kannformulierung halt ein Ermessensspielraum offen. Dann müsste natürlich gewissermaßen auch der Fall eintreten, dass es eben keine Gebühr geben würde. Sonst macht es nämlich keinen Sinn, weshalb man nicht eine absolute Formulierung aufführt. Wenn es etwas gibt, was Ermessensspielraum zulässt, führt dies wieder zu unklaren Kriterien, bei denen definiert ist, wann genau Gebühren verlangt werden und wann nicht. Dies kann auch als Willkür empfunden werden. Das ist nicht unbedingt zielführend. Deshalb möchte man gerne bei der absoluten Formulierung bleiben.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Laura Neuhaus!

**Lara Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Dazu kann ich kurz etwas erwähnen. Und zwar sind in der Verordnung, so wie wir gesehen haben, die Gebühren eigentlich sehr spezifisch geregelt. Deshalb fanden wir, wenn wir es ganz streichen, kann man gar keine Gebühren mehr erheben, und so fanden wir, ist es im Reglement offen formuliert, damit sie dann in der Verordnung spezifiziert werden können. Wie es, soweit mir bekannt, eigentlich bereits gemacht wurde.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Gerade eben diese Überlegung aufgreifend, ist es genau logisch, dass es nicht eine Kannformulierung, sondern eine absolute Formulierung hat. Denn weil in der Verordnung deutlich steht, wofür die Gebühren erhoben werden. Also gibt es keinen Spielraum, sondern eine absolute Bestimmung mit einer absoluten Zahl. Dementsprechend ist es auch logisch, dass im übergeordneten Dokument, nämlich im Reglement, nicht eine Kannformulierung sein soll, die dann in der Verordnung ohnehin keinen Ermessensspielraum hat, sondern logischerweise auch eine absolute Form. Dies bedingt, dass eine zum anderen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen

## C. VERFAHRENSBESTIMMUNGEN

§ 9 Zuständigkeit Seite 8

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz, bitte etwas schneller das nächste Mal!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Eigentlich wollte ich noch zu den Gebühren ... Es geht aber um die Verordnung, um Art. 1 der Verordnung, Gebühren. Was mich halt immer noch stört und worauf ich den Gemeinderat noch einmal hinweisen will: Bei den Gebühren verlangt ihr in Art. 1 f) für den erstmaligen Bezug eine Gebühr von 20 Franken. Für den erstmaligen Bezug der Anwohnerparkkarten am Schalter 20 Franken! Ich habe es bereits bei der Einführung vorgebracht, und ich bin noch immer der Meinung, ich finde, diese Gebühr ist doch eine reine Strafgebühr für Personen, die es nicht schaffen, die Parkkarte über das Internet auszufüllen. Jeder, der das kann, wird es machen. Wer kann es nicht? Leute, die digital nicht dazu fähig sind. Weil man diese nun mit einer Gebühr von 20 Franken bestraft, finde ich, ist es ein unfreundliches Verwaltungsamt oder eine unfreundliche Art des Staats gegenüber Personen, die es einfach nicht anders schaffen. Denn wenn sie es könnten, würden sie es online erledigen. Deshalb noch einmal die Anmerkung, ob man nicht auf diese 20 Franken verzichten könnte. Ich glaube, diese Leistung, die am Schalter erbracht wird, ist nun auch nicht äquivalent oder verhältnismässig für 20 Franken. Also, bitte nehmt es mit oder streicht es. Es würden sich ein paar Personen freuen, die an den Schalter gehen müssen, dass sie keine Strafgebühr bezahlen müssen. Merci.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Es handelt sich dabei nicht um eine Strafgebühr. Dasselbe Verhalten gilt auch z. B. bei der Stempelsteuer. Stempelgebühren, die für viele unterschiedliche Dienstleistungen bezahlt werden, werden auch nicht hinterfragt. Wenn man am Bankschalter einbezahlt oder

bei der Post einbezahlt, muss man auch einen Zuschlag bezahlen. Dieses Verfahren ist nicht nur etwas, was die Verwaltung anwendet, sondern ist geläufig und weitverbreitet, in der Privatwirtschaft verankert. Trotzdem, muss ich sagen, habe ich Sympathie für dieses Anliegen. Ich finde solche Dinge auch eine Unsitte, das ist so. Ich weiss nicht, wofür man Stempelsteuern hat, wenn man keine Stempel anbringen muss. Aber ich kenne die Grundlage, weshalb, was alles damit finanziert wird. Deshalb ist es dieser Gedanke, der übernommen wurde, den wir sehen. Von mir aus kann man darüber diskutieren, aber dies müssen wir vielleicht auch nicht gleich jetzt tun, sondern beim zweiten Mal. Aber es ist einfach zu sagen: Es ist keine Eigenart, die wir machen, bei der Ersterhebung oder bei ähnlichen Tätigkeiten eine Gebühr zu verlangen. Das gibt es weitverbreitet in anderen Geschäftsfeldern auch.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen

§ 10 Ausstellung der Parkkarte Seite 8

keine Wortmeldung

§ 11 Änderungen Seite 9

keine Wortmeldung

§ 12 Rückgabe und Entzug Seite 9

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Besten Dank. Auch dazu abschliessend: Der Gemeinderat möchte gerne an der Formulierung und Regelung festhalten. Es ist eher so ein wenig der Gerechtigkeitsaspekt enthalten. Es ist, könnte man sagen, durchaus denkbar, dass eine Person etwa unterjährig nach Basel wegzieht und somit, wenn sie die Karte nicht zurückgibt, und solange sie das Auto auch nicht im Kanton Basel-Stadt eingelöst hat, wofür es eine gewisse Frist gibt, in der man das Ganze machen kann, hat man einfach weiterhin die Möglichkeit, dort gratis zu parkieren. Das ist die Idee, dass man das nicht wollte und so unterbinden muss. Wer hier gemeldet ist und ein immatrikuliertes Fahrzeug hat, der soll es nutzen können. Ab dem Tag, an dem er nicht mehr hier ist, hat er es nicht mehr zu nutzen. Deshalb hat er die Karte und damit auch die Berechtigung, wieder zurückzugeben. Dies erachte ich auch als missbräuchlich, wenn man sich eine Leistung erschleicht, auf die man eigentlich keinen Anspruch mehr hat. Dies war die Idee, weshalb wir diesen Artikel gerne belassen hätten. Wir würden gerne beliebt machen, dass wir diesen Passus so behalten könnten.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Laura Neuhaus!

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Eine anschliessende Frage: Wie wird es dann in der Praxis überprüft?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Auch dies überlasse ich selbstverständlich der Polizei. [*lacht*] Nein, wie man es überprüft, wenn jemand nicht zugegen ist? Man weiss, wer in Allschwil gemeldet ist und wer nicht, und man weiss, welches Fahrzeug auf wen gemeldet ist. Das ist nun keine Schwierigkeit, um es überprüfen zu können. Aber am Ende des Tages ist es der Job der Polizei, sicherzustellen, wie sie es angehen wollen. Das sind doch die Angaben, die aus der Verwaltung kommen, auch in Absprache mit der Polizei. Ihr habt zuvor gemerkt: Wenn mir etwas am Herzen liegt, dann ist es die Praktikabilität. Wenn man den § 12 einfach streichen könnte, und es nicht etwas Ungerechtes wäre, ist es kein Problem, von mir aus. Aber ich habe gefunden, aus dem Stück einer Gleichberechtigung oder Gleichbehandlung von Leistungen, die man haben darf und nicht haben darf, finde ich, ist es noch relativ wichtig, dass es niedergeschrieben ist, damit es auch angewendet werden kann.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Flavio Fehr!

**Flavio Fehr**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben dies auch in der Sitzung diskutiert. Ich sehe einfach, es geht ein wenig in die Diskussion von vorhin: Womit ist ... wollen die Leute mogeln

oder nicht, erschleichen sie sich Leistungen oder nicht? Zur Praktikabilität muss man sagen: Ein Polizist sieht eine solche Karte im Fahrzeug und dann geht er weiter. Wenn er nicht kontrollieren muss, ob die Parkkarte mit dem Nummernschild übereinstimmt. Der geht nicht noch schauen, ob er noch hier gemeldet ist oder ob er vielleicht in der vergangenen Woche weggezogen ist. Von der Praktikabilität her würde ich sagen: Genau deswegen finden wir, streichen wir es, denn es wird einfach nicht gemacht. Das ist unsere ... Es wurde damals diskutiert, deshalb wollte ich es hier noch einbringen. Danke.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Zuerst Matthias Häuptli und dann noch Philippe Hofmann.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es geht nicht um den ganzen § 12, sondern nur um den Abs. 1. In Abs. 2 steht, dass eine Parkkarte die Gültigkeit verliert, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung nicht mehr bestehen. Das reicht. Man darf die Parkkarte nicht mehr benutzen, wenn man gar nicht mehr in Allschwil wohnt. Aber dass man eine Parkkarte, die man elektronisch erhält und selbst ausdruckt, nachher der Gemeindeverwaltung zurückgeben soll, ist schlicht schwachsinnig. Man kann sie ja sogleich noch einmal ausdrucken. Wofür soll man sie dann zurückgeben? Es scheint mir nun ein ziemlich marginales Problem, dass Leute, die wegziehen, nachher immer noch in Allschwil mit einer Anwohnerparkkarte parkieren würden, verglichen mit dem Problem, welches offenbar keines sein soll, dass man unpersönliche Parkkarten ausgeben würde, welche die Unternehmer selbst ausdrucken, und überhaupt niemand eine Kontrolle hat, wie viele unpersönliche Parkkarten mit demselben QR-Code zirkulieren. Ich finde dies ein wenig verhältnismässig blödsinnig. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich möchte mich nicht auf Spekulationen einlassen, was die Gemeindepolizei oder Gewerbepolizei zu welchen Tätigkeiten, welche Stichproben und sonstige Sachen durchführt. Das weiss ich schlichtweg nicht. Das ist auch ihnen überlassen, wie sie arbeiten. Es handelt sich tatsächlich um eine Marginalität. Da kann ich recht geben. Ich kann mich auch damit arrangieren, wenn wir es dann schlussendlich nicht mehr haben. Der Vergleich zur Unternehmerparkkarte ist natürlich nicht so ganz korrekt, was man macht. Schliesslich haben sie das Recht, 40 Fahrzeuge zu parken, wenn sie 40 Karten zugute haben. Dementsprechend ist es auch eine Firma, die hier ansässig ist und es machen könnte. Es geht darum, dass wir jemandem etwas entziehen können oder die Gültigkeit für jemanden verliert, der dieses Recht eben nicht hat. Aber ich glaube, jetzt haben wir genug dafür gesagt, es sind die gemachten Ausführungen. Danke schön fürs Zuhören, merci, dass ich das Votum ergreifen konnte.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen. Mich würde interessieren, von wie vielen Personen im Durchschnitt pro Jahr sprechen wir?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Die dann was machen?

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Die wegziehen und trotzdem die Parkkarte behalten.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Das konnten wir noch nie erheben. Das ist eine hypothetische Frage. Was wir aber nachschauen können, ist, wie hoch das Wanderungssaldo ist. Das kann man nachschauen, aber die andere hypothetische Frage lässt sich nicht beantworten, weil uns ja Erhebungsdaten fehlen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen

### § 13 Ausführungsbestimmungen und Ausnahmeregelung Seite 10

keine Wortmeldung

## D. STRAF- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

### § 14 Strafbestimmung Seite 10

keine Wortmeldung

### § 15 Kostenersatz Seite 11

keine Wortmeldung

### § 16 Rechtsmittel Seite 12

keine Wortmeldung

### § 17 Inkrafttreten Seite 12

keine Wortmeldung

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank beiden Vizepräsidenten. Wir kommen zum Schluss. Die 1. Lesung ist somit abgeschlossen. Allfällige Abstimmungen beziehungsweise Anträge der Kommission gemäss Bericht erfolgen erst im Anschluss an die 2. Lesung.

Jetzt ist es halb acht Uhr. Ich schlage vor, dass wir jetzt die Pause einlegen. Eine Viertelstunde. Somit wären wir um Viertel vor acht Uhr wieder hier. Danke schön.

PAUSE

**Mehmet Can**, Präsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Bevor wir weiterfahren, kommen wir zuerst zum Info-Fenster und anschliessend zur Fragestunde. Darf ich jemandem für das

## INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

das Wort geben? oder hat ein Gemeinderat ...? Andreas Bammatter hat das Wort!

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie Sie vielleicht gesehen haben, liegen zwei Unterlagen auf dem Tisch. Viele von Ihnen kennen sie bereits. Vor allem diesen Plan. Jene, die an den Begehungen mitgemacht haben oder sogar einmal im Pförtnerhäuslein gewesen sind, konnten es bereits kennenlernen. Ich werde nachher noch kurz darauf zurückkommen, wir haben bestimmt das Thema noch einmal in der Fragestunde.

Zudem haben wir eine blaue Broschüre. Wenn ihr hinten nachschaut, dann seht ihr, was es ist. Es ist ein Verlag für Baukultur Espazium. Es ist eine gestartete Reihe, in welcher sich Fachleute über Bauen und Siedlungsentwicklung zusammensetzen und es dokumentieren. Darüber gibt es nun eine Reihe, und Allschwil hatte nicht wegen «A» das Glück, sondern wurde als Vorzeigegemeinde ausgewählt. Wenn ihr nun z. B. auf Seite 12 oder auf Seite 11 schaut, einfach ganz kurz, sieht man auf Seite 11 die Entwicklung. Ihr wisst alle, wie Allschwil in den vergangenen Jahren 1945–2024 gewachsen ist. Und wenn ihr auf Seite 12 schaut, dort habt ihr einen Plan, auf welchem entsprechende Siedlungsentwicklungen drauf sind. Über das Bachgrabengebiet durften wir schon ewig und immer sprechen, es entwickelt sich. Wir haben den Dorfkern. Lindenplatz war auch ein Thema. Aber auch die Binningerstrasse ist ein Thema. Diese Broschüre, die ich euch näherbringen wollte, weil noch nicht alle die

Gelegenheit hatten, an einer solchen Veranstaltung mitzumachen, studiert sie, macht euch ein Bild über die Themen, die in Allschwil in der Siedlungsentwicklung wichtig sind. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann, Sie haben das Wort!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke schön fürs Wort. Ich habe nur eine kurze Information. Und zwar müssen auf dem Weg zum 1.1.2026 die neuen Zivilschutzrealitäten wahrgenommen werden. Dementsprechend habe ich hier schon einige Male informiert, dass wir eine Zusammenarbeit mit der ZSO Leimental anstreben. Wir konnten diese Zusammenarbeitsvereinbarung mittlerweile so gestalten, dass sie sowohl vom Gemeinderat Allschwil als auch von Schönenbuch, oder auf der anderen Seite von den Organisationen des Leimentals als unterschrittsfähig erachtet wurde. Allschwil stimmt ihr also zu. Wir werden sie in unterschriebener Form dann an die entsprechenden Behörden im Leimental weiterleiten. Sie sollte dann eigentlich per 21. November an deren Delegiertensitzung final gemacht werden, sodass wir auch mit den gemeinsamen Ausbildungen, WK-Planung starten können, und nachher hoffen, dass wir per 1.1.26 vorbildlich unterwegs sind und somit mit diesen Massnahmen sicherstellen können, dass wir auch in Zukunft in dieser Übergangsphase einen schlagkräftigen Zivilschutz haben.

**Mehmet Can**, Präsident: Allfällige weitere Wortmeldungen von den Gemeinderäten? Ich sehe keine. Somit kommen wir zu unserem nächsten Punkt. Das ist die

#### FRAGESTUNDE

**Mehmet Can**, Präsident: Es liegen uns folgende Fragen vor. Ich lese mal kurz vor und jene, die nicht aufgeführt sind, bitte kurz melden, damit wir es sogleich aufnehmen können. Wir haben eine Frage erhalten von Astrid Kaiser, Matthieu Dobler Paganoni, Nico Jonasch, der von Urs Poživil vertreten wird. Wir haben von Urs Poživil selbst eine Frage, von Ueli Keller, Lucca Schulz. Für das Protokoll bitte die Fragen noch einmal vorlesen, damit sie auch im Protokoll aufgenommen werden. Somit gebe ich als Erstes das Wort an Astrid Kaiser.

**Astrid Kaiser**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, geschätzte Anwesende. Im Dorfkern an der Oberwilerstrasse wurde der öffentliche Brunnentrog nach längerer Phase vor ein paar Tagen wunderschön restauriert wieder installiert. Diese Massnahme hat im Dorfgespräch Aufsehen erregt. Im Interesse der Transparenz über die Verwendung von öffentlichen Mitteln bitte ich den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen: 1. Wie hoch waren die Gesamtkosten der Restaurierung inkl. Planung, Bauausführung, künstlerischer Arbeiten und Gutachten? 2. Welche laufenden Unterhaltskosten sind für den Brunnen künftig zu erwarten und wer ist für die Instandhaltung verantwortlich? Vielen Dank für die Beantwortung.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Robi Vogt, Sie haben das Wort!

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Vielen Dank für diese Frage. Die Gesamtkosten für diese Brunnenrestaurierung beliefen sich auf 32 390 Franken inkl. Mehrwertsteuer. Da ist, wie erwähnt, bereits die Planung, die Ausführung, alles dabei. Dies führt natürlich auch zu Unterhaltsaufwand. Diesen können wir wie folgt angeben: Es handelt sich um 30 Einsätze pro Jahr, an denen der Brunnen gereinigt wird. Dafür sind die Regiebetriebe in Allschwil zuständig. Wir schätzen die Kosten auf ungefähr 30 Einsätze mal 40 Franken, ergibt ca. 1200 Franken Personalkosten pro Jahr. Und für den Geräteinsatz noch einmal 2000 Franken. Ergibt insgesamt ungefähr 3200 Franken für den Unterhalt dieses Brunnens.

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Astrid Kaiser, Sie haben noch einmal das Wort!

**Astrid Kaiser**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Besten Dank für die Beantwortung. Meine Fragen wurden bestens beantwortet.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Wir kommen zur nächsten Frage. Die ist von Matthieu Dobler Paganoni. Auch Sie bitte die Frage kurz vorlesen, damit sie im Protokoll aufgenommen wird. Danke schön.

**Matthieu Dobler Paganoni**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Meine Frage dreht sich um die kleine Parkanlage vis-à-vis Migros Paradies, an der Ecke der Spitzwaldstrasse und Lettenweg. Primär würde mich dazu interessieren, wer aktuell Eigentümerin oder Eigentümer dieser Parkanlage ist. Danach habe ich vielleicht noch eine Folgefrage dazu.

**Mehmet Can**, Präsident: Wem darf ich die Frage geben? Herr Gemeinderat Christoph Morat!

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Matthieu. Eigentümer ist die Einwohnergemeinde Allschwil. Es wurde uns vor einigen Jahren, ich weiss nicht mehr genau wie vielen, von der Migros überlassen. Früher war dort einst der sog. Sträuchermarkt der Migros. Sie haben es dann abgesagt und uns übergeben.

**Matthieu Dobler Paganoni**, SP-Fraktion: Vielen Dank. 1990 war es, es gibt noch ein Schildchen dort, aber ich habe gedacht, vielleicht ist in den vergangenen Jahren etwas passiert. Mich würde es noch Wunder nehmen: Wie wurde es in den vergangenen Jahren genutzt oder gibt es in die Zukunft gerichtete Pläne, irgendwelche Überlegungen für diese kleine Parkanlage?

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, noch einmal für das Protokoll: Das war Matthieu Dobler. Darauf antwortet noch einmal Christoph Morat.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: In den vergangenen Jahren wurden keine besonderen Massnahmen getroffen. Man hat einfach den ganz normalen Pflegeunterhalt, also Grünraumpflegeunterhalt, gemacht. Es ist aber auch in nächster Zukunft von wegen Neugestaltung nichts geplant. Dieser Platz wird vor allem von Leuten genutzt, die dort ihre Mittagspause verbringen. Sie holen sich meistens etwas beim Imbiss, beim Foodtruck, der manchmal dort steht, oder vielleicht auch im Migros Paradies selbst, das weiss ich nicht. Aber es ist naheliegend, dass man dort einfach seine Pause auf dieser Bank verbringt.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Dobler, haben Sie noch eine Frage?

**Matthieu Dobler Paganoni**, SP-Fraktion: Nein, es ist tiptopp. Vielen Dank für die Beantwortung.

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank. Als Nächstes haben wir die Frage von Nico Jonasch, die Urs Poživil übernehmen darf. Bitte, Herr Poživil!

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die erste Frage von Nico Jonasch geht um den Dorfkern und die Verkehrssituation. Man hatte nach der letzten Einwohnerratssitzung wegen der Baustelle an der Schönenbuchstrasse eine Veränderung der Verkehrssituation. Aber der Verkehr fliesst nach wie vor nicht flüssig. Was genau ist nun Stand der Dinge?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, lieber Urs. Danke schön für diese Frage, stellvertretend für Nico. Ich musste schmunzeln, wie er echt erwarten soll, dass, wenn eine Lichtsignalanlage dort steht, der Verkehr überhaupt flüssig funktionieren soll. Das ist per se ausgeschlossen, dass es Unterbrechungen gibt. Und ich muss auch alle enttäuschen, welche diesen Anspruch haben: Es wird mit einer Ampelregelung keinen flüssigen Verkehr geben. Das gibt es schlichtweg nicht. Punkt. Was man aber machen kann, sind Optimierungen und Verbesserungen, damit der Verkehr wenigstens annähernd nicht komplett zum Erliegen kommt. Es ist tatsächlich so, diese Baustelle ist laufend unter Beobachtung, was wir dort haben. Es vergeht wahrscheinlich kein Tag oder keine zwei Tage, an denen entweder ich einen Anruf erhalte oder an denen wir sonst was machen. Man konnte es in der BaZ und in der bz lesen, mittlerweile sind die Journalisten auch darauf aufgesprungen, wollten darüber etwas schreiben, es scheint also bewirtschaftet zu sein.

Was wir in diesem Zusammenhang machen können: Es gibt laufende Sitzungen zusammen mit der Kantonspolizei Basel-Landschaft und auch mit dem Ingenieurbüro Märki. Dieses ist dann jenes Büro, wo die Abteilung Sicherheit für die ganze Planung zur Verfügung steht. Somit haben wir zwei, drei Sachen machen können, die bestimmt sinnvoll waren. Nämlich vorwiegend den Verkehrsdienst am

Kreisel im Dorfplatz, eine eingeführte Busspur, damit wenigstens der 61er daneben durchfahren kann. Dementsprechend auch verschiedene andere Massnahmen, z. B. vor dem Landhaus, dass man das Lichtsignal den ganzen Tag abdeckt und der Lotse durchwinken kann. Dies sind jetzt mal Massnahmen, die wir getroffen haben, um mal zu schauen, wie es besser funktioniert. Man wird keinen vollständig flüssigen Verkehr machen können, solange das Verkehrsaufkommen grösser ist als der Platz, auf dem der Verkehr hindurchmuss. Das ist tatsächlich so. Aber, wir sind uns dessen bewusst und versuchen auch, die bestmögliche Situation herzustellen.

Man muss sich auch vergegenwärtigen, ich habe es in der bz gelesen, es ist etwa der Vergleich, als wenn an der Aorta gearbeitet werden muss. Wir müssen nun mal die Schönenbuchstrasse unten reparieren, da ist nun mal diese Wasserleitung, die man ersetzen muss. Dies bedingt eine Vollsperrung. Die Umleitung nebenan ist halt ein Perimeter, der nun mal zwischen Hauskante und Hauskante auf der Klarastrasse so breit ist, wie er ist. Ich kann es gerne noch einmal zitieren, was die Maximen sind, wie ich es gegenüber einer Zeitung erwähnt habe: Der Gemeinderat ist absolut überzeugt, dass ein grosser Punkt beachtet werden muss, und das ist die Schulwegsicherheit. Auf der Klarastrasse haben wir nun mal den Fakt, dass viele Kinder entweder runter zum Pestalozzi-Kindergarten oder bergwärts kommen, wenn sie ins Schönenbuchstrasse Schulhaus gehen. Dies lässt schlichtweg nicht zu, dass dort der Gegenverkehr fährt, das ist nicht machbar, und vor allem nicht sicher. Das wollen wir, es wurde immer abgelehnt. Dementsprechend muss man halt schauen, was man mit dieser Lichtsignalanlage machen kann. Es gibt weitere Evaluationen, die wir haben werden. Es gibt auch weitere Punkte, die eingebracht wurden. Z. B. ob man prüfen könnte, dass man mehr Lotsen einsetzen könnte, oder ganz auf die Ampel verzichten könnte. Das sind aber alles Kosten. Das sind alles Kosten, die bisher in keinem Budget sind. Man müsste alles evaluieren. Es ist nicht ganz vom Tisch, aber ich warte auch noch auf die Antworten, was in dieser Hinsicht gemacht wird. Ist es gut so?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Poživil, ist das so?

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Ja, das ist gut so.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Sie haben eine zweite Frage, glaube ich?

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Genau, ich habe noch eine zweite Frage. Ich glaube, die wird auch wieder Philippe beantworten. Es geht um das Auto, welches wir hier auf dem Bild sehen, weil mehrere Anwohner im Dorf regelmässig Nico fragen, weshalb dieses Auto dort parkieren darf. Gibt es eine Bewilligung? Er habe eine Bewilligung der Gemeinde, sagt der Fahrzeugbesitzer. Stimmt das oder was ist da genau?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Jawohl, das ist so. Tatsächlich gibt es eine Bewilligung. Man muss festhalten: Es ist Kantonsgebiet! Also ist die Kantonspolizei Basel-Landschaft zuständig, um auf dem Kantonsgebiet dann dort eine Bewilligung geben zu können. Es ist so. Dieses Fahrzeug gehört jener Person, die dort der Leidtragende ist, der den Verkehr regeln darf, woran sich zwar nicht alle halten, aber alle sich daran halten sollten, und den ganzen Tag durch quasi allen Frust abbekommt. Vielleicht benötigt er gelegentlich auch einen Rückzugsort im Auto, wenn er genug hat. Nein, Spass beiseite. Er darf das. Es ist auch mit der Polizei abgesprochen. Und die Parkbewilligung ist an dieser Stelle mit Rücksprache der Kantonspolizei, aber es wurde auch mit der ganzen Projektleitung abgesprochen. Das geht in Ordnung.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich sehe, Urs Poživil ist damit zufrieden. Gut. Wir kommen sodann zur nächsten Frage. Das ist ebenfalls ... Entschuldigung? Ah, Florian Spiegel hat gerade etwas dazu.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich würde gerne vom Recht Gebrauch machen, dass Ratsmitglieder Zusatzfragen zu den Fragen stellen dürfen. Und zwar geht es um die Frage eins, wo man ein wenig ausweichen möchte, geschätzter Gemeinderat Philippe Hofmann. In Allschwil Dorf wird wegen der Schönenbuchstrasse, da haben wir ja die Baustelle, das ist hinlänglich bekannt. Nun endlich ist auch wieder die Oberwilerstrasse oben durch endlich fertig. Dort hatten wir ja auch eine Baustelle. Dann, wenn man zum Neubad gehen will, haben wir auch eine Baustelle auf Neubadseite. Wenn man dann etwas weiter nach vorn geht, ist es nicht nur beim Neubad, sondern auch, wenn man in den Laupenring, Basel-Stadt, abbiegen will, wo eine Baustelle ist. Und wenn man nach Binningen will und den Allschwilerweg von Binningen nehmen würde, gibt es auch dort – genau – eine Baustelle, richtig. Wir haben überall eine Baustelle, bis auf die Baslerstrasse und die Hegenheimerstrasse

Richtung Mulhouse. Diese zwei waren die einzigen, die keine Baustelle hatten, die eigentlich unser Gemeindegebiet als Zu- oder Wegfahrt ermöglichen würde. Gehe ich recht in der Annahme, bitte nur mit Ja oder Nein beantworten, dass der Gemeinderat alles unternommen hat, dass dort eine kommunikative Absprache stattgefunden hat? Wenn nicht, dass er den umliegenden Gemeinden und beiden Kantonsregierungen mitgeteilt hat, in welchem unsäglichen Zustand sich die Gemeinde nun befindet hatte, weil sie nicht in der Lage war, eine Verkehrsplanung für die grösste Baselbieter Gemeinde in Betracht zu ziehen? Ich gehe davon aus, dass die Rückmeldung und sie deshalb ihren Job wahrscheinlich sehr verbesserungsoptimiert ausgestalten könnten. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat es genauso zurückgespiegelt hat.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Auch diese Frage nehme ich selbstverständlich gerne entgegen. Ich muss allerdings dem Fragesteller ausweichend antworten, sie lässt sich nicht mit Ja oder Nein beantworten, zumal ich die Antwort schlichtweg nicht kenne, was genau alles ablief. Ich möchte aber festhalten: Die Mehrheit dieser Baustellen, die du erwähnt hast, sind kantonale Angelegenheiten, sowohl von unserem Nachbarkanton als auch von unserem eigenen Kanton. Die beschwatzen sich miteinander, in welcher Sprache und worüber, weiss ich nicht. Ich weiss, dass wir höchstens vonseiten der Gemeinde aus immer versuchen, mit dem Kanton die ganze Sache zu koordinieren. Schlussendlich wird die vorhandene Baustelle in der Klarastrasse vom Kanton angesetzt und gemacht. Auch in der Oberwilerstrasse, dass sie verschoben und vorgezogen wurde, und dass es Terminänderungen gab, hat auch damit zu tun, dass der Kanton den Plan geändert hatte. Reden kann man viel, manchmal hilft's, manchmal hilft es weniger. Aber ja, wenn ich etwas dazu beitragen kann, dass wir an der Kommunikation etwas verbessern können, nehme ich es selbstverständlich mit. Man darf mir dies auch gerne als Denkkettel mitgeben, dass wir es für alle Sachen mitnehmen sollen. Ich biete bestimmt Hand, um es weitertransportieren zu können.

**Mehmet Can**, Präsident: Bevor ich das Wort an Matthias Häuptli gebe: Ich gehe davon aus, Florian Spiegel ist damit zufrieden. Ich möchte doch bitte in Erinnerung rufen, dass es keine Diskussionsrunde ist. Ich sehe immer wieder Wortmeldungen. Es ist eine Fragestunde. Die Fragen hätten vorher eingereicht werden sollen, es sei denn, sie sind spontan aufgetaucht. Aber bitte keine Diskussionsrunde, es ist eine Fragerunde. Danke schön. Herr Matthias Häuptli, Sie haben das Wort!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Eine Zusatzfrage: Es wurde gesagt, die Schulwegsicherheit würde im Weg stehen. Was ist die minimale Fahrbahnbreite, die es benötigt, um Gegenverkehr-Verkehrsführung bei reduziertem Tempo bei einer Baustelle, sprich Tempo 30, zu haben? Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Hofmann, darf ich Ihnen das Wort noch einmal geben?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ja, wenn Sie erlauben, gerne, ja. Ich kann diese Frage nicht beantworten. Es ist eine technische Sache, die man dort nehmen müsste, wo man machen könnte. Ich möchte es aber nicht von einer nackten Zahl abhängig machen. Es gibt sowohl Fahrbahnbreiten im Gegenverkehr als auch Fahrbahnbreiten im Einbahnverkehr. Dabei muss man auch beobachten, was ist der Kreuzungsfall, den man gerne machen möchte, nicht nur der Tempofall. Sondern das wären dann auch 40-Tönnner mit Gelenkbus. Das wäre der Extremfall, den man vom Perimeter gewährleisten muss. Ich nehme es selbstverständlich gerne mit und versuche, darauf auch eine Antwort zu haben, damit wir wissen, unter welchen Anforderungen des Perimeters, mit welchen Sicherheitsbestimmungen man die entsprechenden Antworten auf die Frage liefern könnte, wie breit eine Fahrbahn sein muss, damit man sie mit Tempo 30 befahren kann.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Zusatzfrage, die man gerne mitnehmen könnte: Gibt es Gründe, weshalb man offensichtlich höhere Anforderungen an die Fahrbahnbreite stellt? sie ist in der Klarastrasse mindestens 7 m 50? Im oberen, anschliessenden Teil der Schönenbuchstrasse, wo Tempo 50 gilt, ist sie ebenfalls 7 m 50. Wenn man das eine Trottoir einbezieht, sprich, es sind noch 6 m und dazu das Trottoir. Also, die Frage wäre: Weshalb stellt man höhere Anforderungen an die Verkehrsführung bei einer Umleitung, als man an eine normale Strasse mit Tempo 50 stellt? Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann, darf ich Ihnen trotzdem das Wort geben?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Wenn eine Frage gestellt wird, versuche ich, eine Antwort zu geben. Ich nehme diese Frage selbstverständlich mit. Ich möchte aber jedem, der die Begebenheiten vor Ort einigermaßen kennt schnell mitgeben, dass sich der Abschnitt der Schönenbuchstrasse nur so, wie er mit den abgesetzten Trottoirs beschaffen ist, nicht mit dem Perimeter der Klarastrasse vergleichen lässt. Darauf sei erst mal hingewiesen. Die 7 m 50 gehe ich sofort messen, es nimmt mich selbst Wunder, wie man auf 7 m 50 Fahrbahnbreite kommt. Wohlverstanden, wir sprechen nicht von Veloweg und von Trottoir. Aber das können wir schnell anschauen, wie viele es sind. Aber ich nehme es sicher mit, weshalb es dort höhere Anforderungen gibt. Ob es eine spezielle Begründung gibt. Spontan kam mir in den Sinn, dass eine Baustelle eine komplexe Situation ist, und nicht ein geregelter Betrieb, so wie man es sonst gewohnt ist. Aber auch darauf gibt es eine Antwort.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Häuptli, sind Sie mit dieser Antwort zufrieden? Danke schön. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen. Den Gemeinderat mit technischen Fragen zu belasten, ist unfair, denn auch der Gemeinderat muss sich mit den zuständigen Abteilungen abklären. Entsprechend sollten solche Fragen vielleicht vor der Sitzung eingereicht werden, sodass der Gemeinderat auch die Chance hat, sie abzuklären. Danke schön. Zur nächsten Frage von Urs Poživil. Auch Sie, bitte lesen Sie ihre Frage für das Protokoll kurz vor. Danke schön.

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Frage ist ganz einfach: Was ist denn nun der Stand von Tempo 30, wann wird es umgesetzt, was genau ist der Stand der Dinge?

**Mehmet Can**, Präsident: Ich denke mal, Ihre Frage beinhaltet auch Umsatzplanung, oder Umsetzungszeitplan, oder habe ich es gerade überhört?

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Ja, da geht es sicher auch um die Umsetzung und den Zeitplan. Ich nehme an, wir werden noch eine fundierte Antwort erhalten.

**Mehmet Can**, Präsident: Genau. Entsprechend bitte kurz die Frage noch einmal lesen fürs Protokoll. Wir wurden angewiesen, dass die Fragen bitte vorgelesen werden sollten. Danke schön. Noch einmal, nächster Versuch. Danke.

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Gut, dann lese ich sie genauso vor, wie ich sie gefragt habe. Wann wird Tempo 30 in Allschwil nun umgesetzt? Mehr oder weniger ist der Umsetzungszeitplan der Bevölkerung unklar.

**Mehmet Can**, Präsident: Perfekt. Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Danke auch für diese Frage, danke auch für die Möglichkeit, hier Antwort geben zu können. Folgendermassen: Ich verweise erst einmal auf die Gemeindegewebseite. Seit dem 15. September ist dort nämlich eine Meldung aufgeschaltet, die plus / minus das wiedergibt, dass man schlussendlich in der Summe sehen kann, dass Ende 25 mit aller Voraussicht damit begonnen werden kann, die Tempo-30-Massnahmen umzusetzen. Das ist mal die Schlussfolgerung. Aber: Es gibt auch eine vorhandene, laufende Konzeption. Man muss die Geschichte dahinter kennen. Im Dezember 2024 haben wir mal die ganze Planung beim Kanton eingereicht. Das ist eine Art Vorprüfung. Das war ein aufwendiger Akt. Der Kanton hat dann diverse Änderungen gefordert. Diese Aufarbeitung haben wir gemacht, die haben wir wiederum eingereicht. Anfang September hat man beim Kanton die Genehmigung eingereicht. Und jetzt ist einfach der Punkt: Der Kanton ist nun daran, um halt wieder auf das Hin- und Herspielchen zurückzukommen, das wir haben. Wenn der Kanton sagt, ihr müsst das alles machen, dann haben wir es gemacht, und haben es wieder eingereicht. Er muss noch einmal prüfen, ob alles, was wir gemacht haben, richtig ist. Und jetzt warten wir schlichtweg auf eine Antwort. Die haben wir einfach bisher nicht.

Wir sind aber guter Dinge. Wenn wir, wie wir gesagt haben, damit rechnen können, dass dann mit Erfolg die Genehmigung, die verkehrspolizeilichen Anordnungen beraten können. Dann gibt es noch einen Markierungs- und Signalisationsplan. Dieser muss ausgeschrieben werden. Dann gibt es eine etappenweise Umsetzung der Tempo-30-Massnahmen. Wie sie gemacht werden, dafür gibt es ein Arbeitspapier, welches zuerst in den Gemeinderat kommen muss, der einen Vorschlag macht, wo wir beginnen und wo wir aufhören. Das ist so der vorgesehene Plan. Und wir warten eigentlich innerhalb der nächsten Wochen darauf, dass der Kanton uns endlich eine Antwort gibt, die dann vorliegt, damit wir weitermachen können. Die anderen Arbeiten, die dann noch kommen, haben wir quasi in der Schublade. Aber ohne Grundlagen des Kantons können wir nicht weitermachen.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Poživil, ist das so für sie okay? Super, danke schön. Wir haben eine nächste Frage von Ueli Keller. Auch Sie bitte ich, Ihre Frage kurz vorzulesen.

**Ueli Keller**, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich möchte mir zwei Fragen an den Gemeinderat erlauben. Die erste Frage: Was meint der Gemeinderat zur Idee einer konsultativen, durch die Verwaltung öffentlich und repräsentativ organisierten Befragung der Allschwiler Bevölkerung zur Achtertramverlängerung? Mit einer anschliessenden Bekanntgabe des Ergebnisses für den Kanton. Ich bin mir bewusst, dass diese Fragestellung bereits angestossen wurde, habe sie aber jetzt gleichwohl noch eingebracht.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich gebe das Wort an Gemeinderat Andreas Bammatter.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Lieber Ueli, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Für einmal hast du keine stille Kopie an alle gemacht, deshalb hatten wir bei Sitzungsbeginn dasselbe Thema. Früher hätten es alle schon gewusst, weil du ja die Usanz hattest, allen stille Kopien zu geben. Nun zur Beantwortung. Die Tramverlängerung 8 ist ein Teil des kombinierten Projekts Binningerstrasse. Es ist also eine ganzheitliche Entwicklung dieses Gebiets. Ich verweise noch einmal auf die Unterlagen, die ihr alle erhalten habt und in denen auch die Entwicklung Zukunft Ziegelei Letten beschrieben ist. Der Kanton Basel-Landschaft passt jetzt die in die Jahre gekommene, übergeordnete Mobilitätsinfrastruktur an die aktuellen und auch in naher Zukunft erwarteten Bedürfnisse an. Für eine zukunftsfähige Mobilität ist das Ausschöpfen aller Formen von Mobilität zentral. Die Mobilitätsnachfrage einer wachsenden Region lässt sich nur befriedigen, indem man den motorisierten Individualverkehr, den öV, den Veloverkehr und den Fussverkehr, für alle vier, verbesserte Bedingungen schafft.

Die Entscheidungsfindung für dieses Projekt, damit die übergeordneten Ziele einer Kantonsstrasse – und die Binningerstrasse ist eine Kantonsstrasse – erfüllt werden können, liegt beim Kanton. Die komplexen Anforderungen an die Infrastruktur, die eben nicht nur der Allschwiler Bevölkerung dient, sonst wäre es eine Gemeindestrasse, sondern der ganzen Region, können mit einer Befragung in der notwendigen Tiefe nicht beleuchtet und beurteilt werden. Eine Befragung der Allschwiler Bevölkerung ist daher nur bedingt aussagekräftig. Einerseits beteiligt sich bei einer Befragung noch viel weniger als bei einer Abstimmung wahrscheinlich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Andererseits, das ist sicher auch zentral, können künftige Nutzerinnen und Nutzer noch nicht einbezogen werden. Selbstverständlich können alle ausserkommunalen Nutzer, nehmen wir mal an Binninger oder Schönenbüchler, die auch jeden Tag durch die Binningerstrasse fahren und sie nutzen, diesen Weg nicht beurteilen, weil die Konsultativabstimmung nur bei Allschwilerinnen und Allschwilern stattfindet.

Viele von euch wissen ja, dass Florian Spiegel zusammen mit Rolf Blatter zur Tramverlängerung Nr. 8 im Landrat einen Vorstoss eingereicht hat: «*Tramverlängerung Linie Nr. 8 – objektive Neubewertung des Projekts*», die Nummer ist 2025 2 15. Man kann es nachlesen. Der zuständige Regierungsrat bzw. die Verwaltung hat bereits Antwort gegeben, und sie liegt vor, sie wurde sogar schon traktandiert. Der Kanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die beiden Transportunternehmen BVB und BLT haben in einer gemeinsamen Strategie das Tramnetz 2030 entwickelt. Die Entwicklungsareale mit den neuen Wohn- und Arbeitsorten sind direkt mit dem Stadtzentrum und allen Bahnhöfen verbunden. Es ist also das 8er-Tram, über das wir heute sprechen. Es ist der 6er, wir sprechen da vom Bahnhof Lindenplatz bzw. Morgartenring und wir sprechen vom Bahnhof St. Johann, für den vielleicht dann auch einmal im Hegenheimermattweg ein Tram geplant ist und auch realisiert werden kann.

Der Bund hat die Wirtschaftlichkeit im Namen des Agglomerationsprogramms ebenfalls Beiträge geprüft, und möchte den Prozess, das Vorhaben, mit 40 % der anrechenbaren Kosten, also mit maximal 30 Mio., unterstützen. Und weshalb will er das? Weil anscheinend ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis immer noch gegeben ist, auch heute noch. Alternative Mobilitätskonzepte erreichen nicht annähernd dieselbe Kapazität und Flächeneffizienz wie ein Tram. Ein Tram ersetzt bis zu 140 Autos. Ohne Tramverlängerung – du musst aufmerksam zuhören, du hast es auch schon einbezogen – müssen jeweils zwei Busse eingesetzt werden, und im baselstädtischen Abschnitt müsste jeweils teilweise voraussichtlich parallel zum jetzigen Tram gefahren werden. Das rechnet sich heutzutage betriebswirtschaftlich nicht.

Die Tramverlängerung wurde geprüft, und eine Neubewertung ist auf Seite Kanton und auch auf Seite Gemeinderat momentan nicht notwendig. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Ueli Keller!

**Ueli Keller**, parteilos: Besten Dank für diese sehr differenzierte, verkehrspolitische Auslegeordnung. Da kann ich nichts anderes sagen. Was ich aber gefragt habe, ist der Einbezug der Bevölkerung. Ich bin froh, dass dieses Thema mit der Motion, die heute eingereicht wurde, noch einmal aufkommt. Denn ich finde, es ist bei allen anderen fachlichen und übergeordneten Details, die auch wichtig sind, eine massgebende Frage. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr ...

**Ueli Keller**, parteilos: Kann ich noch gleich die zweite Frage stellen?

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, vielleicht wünscht Andreas Bammatter kurz darauf einzugehen, und dann kommen Sie zur zweiten Frage.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Danke schön, Ueli. Ich kann es verstehen. Wenn ich es aber richtig interpretiere, würdest du auch gerne die Schönenbüchler und Binninger, die an die Binningerstrasse angrenzen, welche sie auch nutzen, konsultativ befragen. Es wird wahrscheinlich immer eine Volksabstimmung im ganzen Kanton Basel-Landschaft geben, weil es ein grösseres Projekt ist. Dann ist eben die Frage, ob die Konsultativabstimmung auch in den angrenzenden Quartieren Basel-Stadt, Binningen oder Schönenbuch in deinen Vorstellungen sind. Denn das andere habe ich gesagt: Auch die zukünftigen Nutzenden können nicht befragt werden, weil man nicht weiss, wer an diese Binningerstrasse hinziehen wird. Wenn dann mittelfristig – wir sprechen von einer 20-jährigen Entwicklung – tausend bis zweitausend Menschen hierher wohnen kommen. Kannst du mir, Ueli, bitte Antwort geben, also wegen der Konsultativabstimmung? Möchtest du auch die angrenzenden Quartiere, Gemeinden einbeziehen?

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, Herr Bammatter. Ich muss dazu erwähnen: keine Diskussionen! Es war eine Frage, die Antwort kam. Ich kann nur fragen: Sind Sie mit der Antwort zufrieden? Ja oder nein?

**Ueli Keller**, parteilos: Geschätzter Präsident. Ich bin so einverstanden.

**Mehmet Can**, Präsident: Super. Henry Vogt hat eine Frage. Herr Henry Vogt, bitte keine Diskussionen. Wenn Sie eine Zwischenfrage haben, ja!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Die Frage ist keine Diskussion.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Eine kleine Nachfrage: Wenn der Gemeinderat Bammatter die Binninger und Schönenbüchler einbeziehen will – es fahren auch sehr viele Franzosen durch, wie will er dies bewerkstelligen und die Franzosen auch noch einbeziehen? Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Darf ich schnell ... ja, Danke schön, Herr Ueli Keller. Darf ich jetzt gleich zur zweiten Frage von Ueli Keller übergehen? Bitte auch diese Frage fürs Protokoll schnell vorlesen. Danke schön.

**Ueli Keller**, parteilos: Danke schön. Meine zweite Frage: Laut Medienberichten, sehr ausführlich und unter anderem in der NZZ, scheint sich in der Region, und ich spreche nun nicht nur von Allschwil, ein Büro- und Laborleerstand abzuzeichnen. Ein Büro- und Laborleerstand, ein grosser! Wie steht es damit in Allschwil, insbesondere im Bachgrabengebiet? Das ist der erste Teil meiner Frage. Der zweite Teil: Was bedeutet diese Situation nun aus Sicht des Gemeinderats für den Bedarf an weiteren Büros und Laborplätzen in Allschwil, speziell im Gebiet der Ziegelei?

**Mehmet Can**, Präsident: Wem darf ich diese Frage übergeben? Herr Gemeindepräsident Franz Vogt, Sie haben das Wort!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Lieber Ueli, danke schön für diese Frage. Ja, es ist, glaube ich, unbestritten: Der Gewerbebautenmarkt ist nicht so ausgetrocknet wie der Wohnungsbaumarkt, in der ganzen Region nicht. Allschwil verfügt aber über besondere Standortqualitäten, die zu einer entsprechenden Nachfrage führen. Im Bachgrabengebiet entstehen attraktive Büro- und auch Laborgebäude. Der Immobilienentwickler Senn, dessen Geschäftsmodell es ist, dass er Immobilien entwickelt, vermietet und, wenn sie dann vermietet sind, an einen Investor weiterverkauft. Dieser beginnt natürlich

nur dann mit dem Bauen, wenn er bereits einen schönen Teil an Ankermietern hat. Gegenwärtig scheint dies ausgezeichnet zu funktionieren. Z. B. ist nach Auskunft der Firma Senn auch das Hortus-Gebäude nahezu vermietet. Ja genau, es ist nun mal so, dass es dem Markt überlassen ist, und wie ihr seht, entwickelt es sich im Bachgrabengebiet prächtig, darüber sind wir sicher auch froh. Im Gebiet Ziegelei wäre es bereits heute zonenrechtlich möglich, riesige Bürogebäudekomplexe hochzuziehen. Es wäre schon seit zwanzig, wahrscheinlich sogar seit dreissig Jahren möglich.

Der Teilzonenplan Binningerstrasse sieht vor, dass auch künftig Bürogebäude und weitere Gebäude entstehen können. Wichtig für die Nachfrage ist sicher, ob diese Angebote bezüglich Preises, Raumteilung und Flexibilität, Erschliessung mit öV, MIV usw. auch attraktiv sind. Allschwil setzt auf ein organisches Wachstum, wie es im Teilzonenplan Binningerstrasse vorgesehen ist: Wohn- und Arbeitsräume nahe beieinander, was eindeutig zu weniger Verkehr führt.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich würde gerne zunächst das Wort an Ueli Keller geben. Herr Keller, sind Sie mit der Antwort zufrieden?

**Ueli Keller**, parteilos: Ja, ich bin mit dieser Antwort zufrieden, aber nur vorläufig. Ich werde dieser Sache noch weiter nachgehen. Nur ein Beispiel: Ich ging im Bachgraben fragen. Dort haben mir Leute gesagt, es gibt keinen Verkehrsstau und die Überlastung, die man für den Verkehr befürchten musste, findet gar nicht statt, weil es so viele Leerstände gibt. Ein Beispiel! Ich komme bestimmt noch einmal auf dieses Thema der Leerstände und des Immer-noch-mehr-Bauens zurück. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön, Herr Keller. Herr Florian Spiegel, Sie haben noch eine Frage!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Eine kurze Nachfrage, wenn der Gemeindepräsident die Firma Senn eben erwähnte: Im Zusammenhang mit der dynamischen Gemeinde Allschwil würde es uns noch interessieren, er muss es natürlich jetzt nicht mündlich machen, er kann es auch schriftlich nachreichen, was denn von diesen vier Firmen, die hier aufgelistet sind, wir gehen davon aus, der geldwerte Betrag ist, der, für diese Publikation geflossen ist.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Spiegel, ist das eine Frage? Ah, also, entsprechend wird schriftlich eingereicht, so muss niemand auf diese Frage Antwort geben. Ist das korrekt so?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich habe eine mündliche Frage gestellt, die der Gemeinderat nicht jetzt, sondern dann noch schriftlich beantworten kann.

**Mehmet Can**, Präsident: Ach so, Entschuldigung. Herr Franz Vogt, selbstverständlich ja! Bitte vielleicht kurzfassen, denn wir sind weit über der Zeitspanne. Danke.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr gerne. Ja, Florian Spiegel, das nehme ich entgegen und beantworte es später. Einfach nur kurz zu Ueli Keller: Es ist tatsächlich so, dass der MIV erstaunlicherweise weniger gestiegen ist als prognostiziert. Dies hat wahrscheinlich weniger mit dem Leerstand zu tun, vielmehr damit, dass andere Verkehrsmittel benutzt wurden. Wie erwähnt, unsere Informationen sind, dass diese Gebäude optimal besetzt sind. Natürlich, das Gebäude, in welches das Botnar-Institut kommt, wird noch keineswegs besetzt sein, da es natürlich im Bau ist. Aber dafür hat man bereits einen schönen Teil an Ankermietern. Es wird sich auch füllen. Um genauere Auskunft zu erhalten, müsste man natürlich bei der Firma Senn nachfragen.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön, Herr Franz Vogt. Wir kommen zur nächsten Frage. Und zwar ist das eine Frage von Lucca Schulz. Auch Sie, bitte Ihre Frage fürs Protokoll kurz vorlesen, damit sie auch übernommen wird. Danke schön.

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr gerne. Sehr geehrte Anwesende, ich frage für Philippe Hofmann, es ist eine einfache, keine Angst, und ich stelle auch keine Zusatzfragen. Es ist zu beobachten, dass viele Benutzer dieser E-Roller und E-Trottinette – übrigens habe ich die Frage auch schon vorher eingereicht – das Mindestalter für die Benutzung dieser Geräte nicht erfüllen und sich auch nicht um Verkehrsregeln füttern. Wie geht die Gemeindepolizei damit um, hat man schon Präventionsmassnahmen ergriffen oder wären sie denkbar, Besuch der Schulen durch einen Verkehrspolizisten, eine Verkehrspolizistin? Und, beinahe am wichtigsten: Gibt es aus Sicht des Gemeinderats oder der Gemeindepolizei noch Anpassungsbedarf an den kommunalen, gesetzlichen Grundlagen?

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Merci vielmals auch für diese Frage. Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ja, tatsächlich, diese Trottis sind nicht unbedingt nur ein Segen, wie man sieht. Wir haben bereits diverse Fahrzeuge festgestellt und beanstandet, die auch technisch manipuliert waren. Nicht wahr, früher konnte man Mofas frisieren, heute pimpt man halt die Elektroroller und dann flitzt man damit umher. Wir stellen fest, dass sich sehr viele Jugendliche der Konsequenzen bewusst sind, was es bedeutet, wenn man die Höchstgeschwindigkeit überschreitet, ganz egal, nicht einmal daran denkt, welche Gefährdungen für die eigene Person und andere bestehen. Wie erwähnt, mehrere dieser manipulierten Fahrzeuge konnten wir eigentlich bereits feststellen. Entsprechend wurden Verstösse auch an die Jugendanwaltschaft gemeldet. Das Problem ist einfach, es gilt eher als cool, wenn man von der Polizei erwischt wurde. Das zeigt auch, dass man keinen „Normgöppel“ hat, sondern etwas Spezielles. Dementsprechend ist diese Handhabung unser Mittel, welches wir haben, wirkt aber nicht wahnsinnig abschreckend, entsprechend auch nicht die Sanktionen der Juga.

Auf der präventiven Ebene muss man sagen, dass es nicht Aufgabe der Gemeindepolizei ist, sondern, wenn es um Strassenverkehrsdienste und Verkehrsprävention geht, macht dies die Präventionsabteilung der Kantonspolizei Basel-Landschaft. Diese müsste sie also erbringen, und es dürfte auch deren Auftrag sein. Es steht der Gemeindepolizei selbstverständlich fern, der Kantonspolizei Basel-Landschaft Vorschriften zu machen, wie man vorgehen muss. Aber im Rahmen der Tätigkeit kann ich mir vorstellen, dass es durchaus auch Gegenstand sein wird, was man an den Schulen lehren wird.

Was aber die Gemeindepolizei tun kann, ist, dass man halt aufrüstet, und wir haben es im Sinn. Im Budget 26 ist die Anschaffung einer mobilen Prüfrolle berücksichtigt. Wenn wir diese anschaffen, hätten wir natürlich auch die Möglichkeit, solche Elektroroller eigentlich direkt vor Ort auf die tatsächliche Geschwindigkeit auch prüfen zu können. Dann wüsste man auch, ob da einer ist, der so schnell fährt, wie er fahren darf, oder ob er technisch manipuliert wurde, und ob dann auch die gesetzliche Geschwindigkeit überschritten wurde. Das war's.

Trotzdem muss man sagen: Bei all dem Aufwand, der administrative Aufwand, den es im Fall einer Übertretung gibt, ist nach wie vor gross, das muss man sehen, weil sie kein Nummernschild haben, weil man die Leute teilweise feststellen muss etc. Das sind diese Dinge. An den gesetzlichen Grundlagen kommunaler Natur müssen wir nichts ändern, denn diese greifen nicht. Schlussendlich geht es um das vorhandene SVG, das können wir in Allschwil nicht ändern. Sondern dies sind Dinge, die man auf Bundesebene machen müsste. Entsprechend ist dieses Thema natürlich nicht nur ein Allschwiler Ärgernis, sondern auch in weiteren Gemeinden. Bereits am 1. Juli 2025 wurden auf Bundesebene entsprechende Anpassungen zu den gesetzlichen Vorgaben erlassen. Ich kenne aber den aktuellen Stand nicht, ob es noch im Parlament verhandelt werden muss oder sie bereits zur Umsetzung im SVG bereit sind. Aber auch da wird sich schlussendlich zeigen, mit welchen Mitteln man welchen Problemen Herr werden kann und mit welchen nicht.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Lucca Schulz, darf ich mir erlauben, als Einwohnerrat eine Zusatzfrage zu stellen? Herr Philippe Hofmann, werden auch die Anbieter, wenn sie z. B. mit einem Lime oder einem sonstigen Fahrzeug, welches die Anbieter zur Verfügung stellen, ob schriftlich oder, ich habe keine Ahnung, in welcher Form, entsprechend informiert? Oder zieht man den Halter zur Rechenschaft? Danke.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich kann diese Frage nicht beantworten, da ich nicht weiss, was kommuniziert wird. In Fällen, die mir bekannt sind, handelt es sich nicht um Fahrzeuge, die gemietet wurden oder solche Sharings, sondern um solche, die im Besitz stehen, im Eigenverhältnis, die man manipuliert hatte. Vielleicht gibt es darunter auch noch solche, die man irgendwie kurzfristig technisch modifizieren kann. Aber auch diese Frage kann man mitnehmen und später dann beantworten. Die Antwort liegt mir im Moment nicht vor.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Somit liegen keine weiteren Fragen vor. Gibt es allfällig weitere Fragen im Raum? Nein, also schliessen wir unser Info-Fenster und unsere Fragerunde ab. Wir kommen zu Traktandum 2.

**Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderats vom 13.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 7.10.2025, betreffend Legislaturziele 2024 – 2028  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4794 / A

**Mehmet Can**, Präsident: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Die Rednerreihenfolge sieht gemäss Einwohnerratsgeschäftsreglement § 75 wie folgt aus: Zuerst hat die KSD-Präsidentin Laura Neuhaus das Wort, anschliessend Gemeindepräsident Franz Vogt, dann kommen wir zu den Vertretungen oder zur allgemeinen Rednerliste – zuerst die Fraktionen, bitte Fraktionspräsidenten, und dann die allgemeine Beratung. Frau Laura Neuhaus, darf ich Ihnen das Wort geben?

**Laura Neuhaus**, KSD-Präsidentin: Sehr gerne, vielen Dank. Zu diesem Geschäft gibt es seitens KSD eigentlich nicht viel anzumerken. Man hat die Legislaturziele zur Kenntnis genommen. Überdies hat sich uns nicht viel mehr Spielraum geboten. Die KSD ist sich einig, dass es zu begrüssen ist, dass der Gemeinderat ein neues Instrumentarium geschaffen hat, um seine Ziele konkret zu formulieren und den Fortschritt transparent zu dokumentieren. Wir begrüssen diesen Schritt und freuen uns auf die künftigen jährlichen Berichte an den Einwohnerrat und an die Gemeinde.

**Mehmet Can**, Präsident: Vielen Dank, Frau Neuhaus. Herr Franz Vogt, Sie haben das Wort!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ziel war, das Leitbild auf die jetzige Legislaturperiode herunterzubrechen und erreichbare Ziele zu setzen. Da wir erst nach den Sommerferien 25 beginnen konnten, und wir uns zuerst als Team finden mussten, wurde es Juni 25. Wir haben natürlich nach den Sommerferien 24 begonnen, und es wurde Juni 25, bis die vorliegende Schrift fertiggestellt wurde. Für die nächste Legislaturperiode 28–32 soll es dann aber nicht mehr so lange dauern, bis es vorliegt. Deshalb wollen wir am Ende dieser jetzigen Legislaturperiode Voraussetzungen schaffen, damit die Legislaturziele 28–32 und eine Überarbeitung des Leitbilds zügig angegangen werden können.

Die vorliegende Schrift orientiert sich, wie erwähnt, am Leitbild bis 2030. Deren Ziel erachtet der Gemeinderat als weiterhin gültig. Um verbindliche Schwerpunkte zu setzen, haben wir uns bewusst nur auf acht Legislaturziele geeinigt. Es sind dies:

- **Legislaturziel 1** ist eine qualitätsvolle und vorausschauende Siedlungsentwicklung.
- **Legislaturziel 2** ist ein ganzheitliches Standortmarketing, welches sich auch auf jene Leute, die bereits heute schon hier wohnen, bezieht.
- **Legislaturziel 3** bezieht sich auf den Schulraum und setzt klare Schwerpunkte.
- **Legislaturziel 4** befasst sich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, d. h. mit dem Planen und Aufbauen von bedarfs- und standortgerechten Tagesstrukturen. Die gesetzlichen Grundlagen zur finanziellen Unterstützung der Familien sind verabschiedet und sollen dann umgesetzt sein. Bis in nicht allzu langer Zeit wird das FEB-Reglement dann auch dem Einwohnerrat zur Beratung vorliegen. Der Gemeinderat hat es verabschiedet und ich meine, es wurde bereits an die Kommission überwiesen, da bin ich nun nicht sicher, aber wir haben es auf jeden Fall verabschiedet.
- **Legislaturziel 5 und 6** befassen sich mit der Umwelt: Ziel 5, welches auch mit Ziel 1, Siedlungsentwicklung, verbunden ist, befasst sich mit der Begrünung und der Kühlung des öffentlichen Raums, und Ziel 6 mit erneuerbaren Energien, dem Gasrückzug und der Vorbildfunktion in Sachen Energie der Gemeinde.
- Beim **Legislaturziel 7** geht es um den Zivilschutz und die Feuerwehr. Der Gemeinderat setzt dabei auf die Zusammenarbeit mit Feuerwehr und Zivilschutz Leimental. Wir wollen so in die Zukunft gehen.
- Schliesslich noch das **Legislaturziel 8**, digitale Verwaltung, Stichwort digitale Gemeinden: Der Kanton entwickelt zurzeit eine Plattform, an die dann alle Gemeinden angehängt werden sollen. Es soll eine neue Website geben, KI wird in Zukunft eine immer grössere Rolle spielen. Und nicht zu vergessen die Cyber Security, die ein wichtiger Punkt in unserem Legislaturziel ist.

Am Schluss haben wir auch noch ... – es soll doch nicht sein, dass nur diese Themen angegangen sind, alles andere muss gleichwohl angegangen werden –, aber wie ich schon erwähnt habe, sollen diese acht schwerpunktmässig bearbeitet werden. Bei anderen kann man noch aufführen:

Nachhaltige Quartierplanungen, für die 800 KMU in Allschwil attraktiv bleiben, Fokus auf Wertschöpfung, starke Firmen, Kulturstrategie umsetzen, ambulant vor stationär soll weiterhin verfolgt werden und solide Gemeindefinanzen mit einer mittelfristigen Planung erhalten.

Jetzt wollen wir vom Einwohnerrat hören, ob wir mit unserer Stossrichtung richtig liegen und wo er allenfalls Ergänzungen sieht. Vielen Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön, Herr Gemeindepräsident Franz Vogt. Ich gebe das Wort dem 1. Vizepräsidenten, Tim Söllick, für die Gesprächsführung.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Zuerst die Fraktionssprecher. Florian Spiegel!

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bin ganz ehrlich: Nach dem Kommissionsbericht und den Rückmeldungen sind wir eigentlich nicht ganz ... – also, haben wir uns überlegt, ob wir auf Nicht-Eintreten plädieren wollen, waren aber der Meinung, es ist vielleicht ein wenig eine harte Keule. Was wir zugegebenermassen nicht ganz verstehen: Wie kann jemand über die zeitlichen Aspekte hinwegsehen? Franz, wie du aufzeigst, mussten wir zuerst daran arbeiten. Jetzt kommt es etwas verzögert, wie zuvor erwähnt, es war im Sommer in der Kommission. Diese benötigte natürlich auch noch ihre Zeit, das ist uns auch klar, deshalb kommt es erst Ende 25. Wie zuvor erwähnt, damit können wir leben und es teilweise nachvollziehen.

Ein wenig speziell: Ihr seid doch mit dieser Broschüre schon draussen. Nach meinem Kenntnisstand ist diese Broschüre draussen, so wie wir es mitbekommen haben, sie liegt schon auf, sie ist bereits bekannt. Wenn ihr doch ernsthaft die Rückmeldungen des Einwohnerrates abholen wollt, und ich glaube, ein wenig ist auch aus der Kommission gekommen, dann kommt doch zuerst in den Einwohnerrat oder besprecht es doch zuerst mit uns und holt die Rückmeldungen auch ab und geht dann tatsächlich raus. Ich glaube, das ist auch das, was die Kommission einfach so ein wenig zwischen den Zeilen gesagt hat, weshalb sie es nicht im Detail behandelt hat. Dann haben wir ein wenig ein Unverständnis, was wir nun noch dazu rückmelden sollen, wenn ihr es doch bereits aufgelegt und ausgelegt habt. Dann seid ihr ja grundsätzlich der Meinung, dass es so richtig und gut ist. Das ist auch euer gutes Recht. Aber dann müsst ihr nicht mehr bei uns abholen, ob wir es genauso lässig finden, um es so zu sehen.

Einen Punkt hätte ich aber schon noch, der mich konkret interessieren würde: Ambulant vor stationär. Mit welchen konkreten Massnahmen will man dies weiter fokussieren? Gibt es Positionspapiere? Wo sind die Punkte, mit denen die Gemeinde in ihrer Kompetenz wirklich den Hebel ansetzen will? Wenn es für jetzt zu komplex ist, dann ist es okay, dann kann man auch auf diese Antwort verzichten, dann kann man auch diese Antwort sehr gerne schriftlich nachreichen. Aber genau dieser Hebel, ambulant vor stationär, wo wollt ihr da wirklich ansetzen? Das sind diese Mechanismen, von denen ihr denkt, dass ihr sie umsetzen könnt. Die würden mich im Detail interessieren. Aber wie zuvor erwähnt, dies geht auch gerne schriftlich.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ambulant vor stationär lässt die Ohren schellen. Es könnte auch mich betreffen, deshalb bitte es auch schriftlich einreichen. Es gibt bestimmt gewisse Dinge, die wir machen können. Aber es sprengt nun den Rahmen tatsächlich, um hier konkrete Ausführungen dazu zu bringen. Ich bitte um Kenntnisnahme und um Einreichung dieser Frage. Ich werde selbstverständlich dazu schauen, damit wir es beantworten können. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich hätte eine spezifische Frage zum Legislaturziel 6. Da fehlt mir eigentlich eine Verpflichtung zu einem Netto-Null-Ziel, oder sich wenigstens im Rahmen des Kantons das Ziel, sich zu verpflichten. Diese Massnahmen sind sehr generisch, und das Ziel sagt eigentlich wenig darüber aus. Dies wäre mal mein Feedback dazu. Vielleicht könnte man auch eine Antwort geben über ein fixes Netto-Null-Ziel-

Anstreben oder darüber, ob es Teil des Legislaturzieles ist, herauszufinden, wann das sein könnte. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, liebe Ratsmitglieder. Ich finde, man darf beruhigt mal etwas Positives sagen. Mit diesem Papier hat der Gemeinderat doch jetzt immerhin ein klares Bekenntnis kundgetan, welches seine Legislaturziele sind. Dies darf man auch mal positiv werten. Wir von der Mitte-Fraktion nehmen dieses Papier deshalb zustimmend zur Kenntnis.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

**Mehmet Can**, Präsident: Franz Vogt möchte noch etwas sagen.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Lieber Herr Präsident. Ich antworte natürlich sehr gerne auf diese Fragen. Klar, es ist sehr spät. Wir haben es aber doch in Gang gebracht, es war nicht ganz so einfach, und es gab es in dieser Art bis jetzt noch nicht. Wir mussten es von Grund auf erarbeiten. Natürlich haben wir uns auch überlegt: Sollen wir diese Legislaturziele 25–29 nennen, was auch nicht ganz abwegig ist? Es gibt verschiedene Gemeinden, die es über die Wahllegislatur hinaus machen, damit sie eine gewisse Kontinuität sicherstellen könnten. Wir haben uns aber bewusst dagegen entschieden. Wir haben gesagt: Nein, wir machen es jetzt, jetzt sind es nur noch drei, obwohl es 24–28 heisst. Dann soll sich die neue Mannschaft, wir werden sehen, wie neu sie ist, wieder darüber beugen. Wichtig ist, was wir jetzt schon machen können: bereits die Voraussetzungen dafür schaffen. Dies ist der wichtige Punkt. Klar, wir sind jetzt bereits draussen, selbstverständlich. Aber es ist natürlich klar, es sind die Legislaturziele des Gemeinderats. Das sind unserer Auffassung nach Exekutivaufgaben. Wir geben sie aber nicht einfach heraus und wir hören zu, was der Einwohnerrat dazu zu sagen hat. Die Frage war: Sind wir auf dem richtigen Weg oder ist es nun der komplett falsche Weg? Da es eine Exekutivaufgabe ist, ist es für uns nun nicht der richtige Weg, zuerst den Einwohnerrat zu fragen. Doch wie erwähnt: Wir sind immer wieder mit dem Einwohnerrat konfrontiert, wir kommen gar nicht um den Einwohnerrat herum, wir müssen den Weg gehen, welchen der Einwohnerrat auch sieht. Im Sinn von – wie soll ich sagen – vorwärts arbeiten, denke ich, ist es der richtige Weg, wenn die Exekutive es ausarbeitet. Einfach nur zum Sagen: Es war auch nicht in zwei Stunden gemacht. Ein solches Legislaturprogramm ...

**Mehmet Can**, Präsident: ... Entschuldigung, Franz Vogt, bitte kommen Sie zum Schluss, damit wir langsam weiterfahren können. Es tut mir leid, dass ich Sie unterbreche. Danke.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr gerne, ja. Dann, was hatten wir noch? Positionspapier zu ambulant vor stationär! Dazu kann ich euch sagen, da ist sehr viel vorhanden. Das ist eine Strategie, die man schon lange verfolgt. Man verfolgt es bereits seit dem Alterskonzept 2011, also sogar noch vor meiner Zeit. Wir haben auch sehr viel daran gearbeitet. Ich weiss, der Herr Präsident hat keine Freude, wenn ich hier zu weit aushole. Ich mache jetzt auch nicht lange. Wir haben ein Alterskonzept, welches wir gerade erst wieder überarbeitet haben. Wir haben eigene Strategien für unsere Institutionen wie das AZB oder auch für die Versorgungsregion entwickelt. Es ist notwendig, dass man strategisch vorgeht.

Dann wurde noch gesagt, dass das Netto-Null-Ziel fehlt. Ich habe es zu Beginn erwähnt: Wir haben uns darauf beschränkt, erreichbare Ziele innerhalb dieser Periode zu benennen und nicht utopische Dinge zu machen. Das mit Netto-Null wäre etwas, was allenfalls ins Leitbild gehörte. Als wir es 2017 erarbeiteten, hat man davon noch nicht gesprochen. Wir haben das Leitbild angeschaut und gesagt: Doch, da es auf sehr hoher Flughöhe ist, stimmen diese Dinge grosso modo bis heute. Aber es ist klar, es muss wieder angefasst werden. Dann wird man sich über diese Dinge unterhalten. Das wären meine Ausführungen.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön, Herr Franz Vogt. Dann würde ich sagen, dass wir zur **Abstimmung** kommen.

*Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Sicherheit und Dienste zu beschliessen: Die Legislaturziele 2024 bis 2028 werden zur Kenntnis genommen.*

Wer dem folgen kann, bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Sie haben es mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **zur Kenntnis genommen.**

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes. Wer dem folgen will, möge bitte jetzt mit Ja stimmen. Wer nein stimmt, oder nein sagt! Enthaltungen! Bitte die Resultate zu mir.

**://:**

Somit haben wir das ganze Geschäft mit 30 Ja, 0 Nein und 5 Enthaltungen **abgeschlossen.**

Wir kommen zu Geschäft Nummer 3.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderats vom 15.10.2025, zum Postulat von Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024, betreffend Veloplan für Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4739 / A

---

**Mehmet Can**, Präsident: Die Rednerreihenfolge sieht wie folgt aus: Anne-Sophie Metz der Grünen-Fraktion, anschliessend Andreas Bammatter, dann kommen die Fraktionen und danach kommen wir zur allgemeinen Rednerliste. Wem darf ich das Wort geben? Frau Anne-Sophie Metz! Danke schön.

**Anne-Sophie Metz**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Bammatter darf sehr gerne.

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank. Herr Bammatter, Sie haben das Wort!

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich gehe davon aus, dass Sandro Felice und Anne-Sophie Metz vielleicht mit dem Thema «Statt mit dem Karren, Velo fahren» unterwegs sind. Nein, Spass beiseite. Es ist wichtig, dass sie diese Fragen gestellt haben. Es ist wichtig, dass sie auch eine Antwort erhalten, auch wenn es bereits ein paar Monate her ist. Die Verwaltung hat sich natürlich zusammen mit dem Gemeinderat mit diesem Thema auseinandergesetzt und hat Ihnen oder euch verschiedene Links zur Verfügung gestellt. Einen habe ich nun ausgedruckt und das ist auch eine Beilage, die sollte jetzt aufgeschaltet sein. Da seht ihr jetzt einen Velonetzplan, so wie er eigentlich dargestellt werden könnte. Wenn ihr auf Seite 4 schaut, da haben wir blau hinterlegt, wie es ist: viele Links, die darin Details über den Stand, den wir jetzt zum Veloplan für Allschwil und für die Region haben, enthalten. Wir haben auch dargelegt, dass es wahrscheinlich nicht sinnvoll ist, an der Grenze der kommunalen Stelle aufzuhören, sondern dass es eine regionale Geschichte ist. Wir haben auch noch auf Seite 5 spezifische Datensätze aufgeführt wie Velopumpstationen, öffentliche Veloladestationen Velospot, Veloabstellanlagen etc. Diese gibt es alle, sind aber noch nicht fixiert. Man könnte sie aber natürlich selbstverständlich reinnehmen, ohne dass man den Plan überladen würde.

In diesem Sinne glauben wir, dass wir beinahe alles getan haben. Anne-Sophie Metz hat mir vorgängig noch etwas gesteckt. Ich hoffe, sie steckt es mir noch einmal zu und dass ich es beantworten kann. Nämlich eine Frage, dass wir nachher hoffen, dass wir dieses Postulat abschreiben können, weil es geprüft und berichtet wurde. Somit vorerst meine ersten Ausführungen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Metz, darf ich Ihnen das Wort geben, oder? Danke schön.

**Anne-Sophie Metz**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich suche gerade das Mail, Sekunde bitte. Ich werde das im Auftrag ... – also Sandro hat es uns, mir mitgeteilt, und ich würde es nun gerne für ihn stellen. Einerseits hatte er gefragt ... einerseits steht da, dass bereits bestehende

---

Velopläne für Basel genutzt werden. Andererseits steht, dass die Bevölkerung in Allschwil bereits einen geeigneten Veloplan zur Verfügung hat. Beides wird nun mal irgendwie ausgeführt. Das Postulat hat freigelassen, wie die Umsetzung sein sollte. Da spricht eine Nutzung von Basel nichts dagegen. Werden nun die spezifischen Allschwiler Informationen eingetragen oder nicht? – Wurde beantwortet. Die Möglichkeit, den Plan auf Papier zu kaufen oder auf der Homepage, wird dann auch noch kommen, das war auch noch die Frage.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Andreas Bammatter!

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Genau, Stichwort ist gefallen: Website, Homepage. Wir haben es intern abgeklärt und die Mitarbeitenden, die für die Mobilität zuständig sind, möchten diesen Vorschlag gerne entgegennehmen und in geeigneter Form mittelfristig, ich sage mittelfristig, dann auch auf der Website aufschalten, sodass die Links, die wir hier haben, oder weitere, ergänzende Markierungen dann laufend aktualisiert werden können, und die Menschen, die dann einen solchen Veloplan haben, ihn ausdrucken können oder sich orientieren. Da ja 99 % ein Handy im Sack haben, werden sie es allenfalls auch damit machen. Wir nehmen es gerne entgegen und danken auch dafür und würden diese Pläne selbstverständlich mittelfristig verlinken. Ich hoffe, damit haben wir nun genau das Stichwort noch abgehandelt, und wir können dieses Postulat in der Hoffnung abschreiben. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Frau Metz, haben Sie noch etwas? Nichts. Okay.

**Anne-Sophie Metz**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Vielen Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke. Dann bitte ich den 1. Vizepräsidenten, Tim Söllick, das allgemeine Gespräch zu leiten.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es Meldungen von den Fraktionssprechern? Andere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest: Die Rednerliste ist erschöpft.

**Mehmet Can**, Präsident: Perfekt. Entsprechend kommen wir sogleich zum **Antrag des Gemeinderats** auf Seite 6, Geschäft 4739 A.

*Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:  
Das Postulat von Sandro Felice (Grüne) und Anne-Sophie Metz (Grüne) vom 11.6.2024, betreffend Veloplan für Allschwil, Geschäft 4739, wird als erledigt abgeschrieben.*

Wer diesem Antrag folgen will, soll jetzt mit Ja stimmen. Nein! Wer sich enthalten will!

**:::**

Ich sehe somit einstimmig? – Es ist **einstimmig!**

Entsprechend kommen wir zur **Schlussabstimmung** über das **Geschäft als Ganzes** gemäss § 84. Wer dem Antrag folgen will, soll bitte mit Ja stimmen! Wer für Nein stimmen will! Enthaltungen!

**:::**

Entsprechend ist es auch **einstimmig** angenommen, bzw. **erledigt**. Danke schön.

Wir kommen noch zu Traktandum 4. Ich bitte, es sind noch zwei Punkte. Der letzte ist nicht so lang. Wir sind wirklich nicht vorwärtsgekommen. Wir haben zwei Traktanden genauer gesagt drei mit Ach und Krach geschafft. Entsprechend wäre mein Wunsch, dass wir das 4. und 5. Heute noch schaffen. Es geht nicht lang. Herr Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Entschuldigung, Herr Präsident, aber dann muss man halt wirklich mal über die Bücher, wie man diese Fragestunden gestalten will. Ich habe in der Zwischenzeit ein Verfahrenspostulat geschrieben, dass wir uns mal Gedanken machen. Vielleicht müsste man auch mal anschauen, wie wir diese Sitzungen führen. Ja, Entschuldigung dafür, aber ich stelle den Ordnungsantrag darauf, dass die Sitzung ordnungsgemäss endet, wie eingeladen, nämlich um 21 Uhr. Danke.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich gebe Ihnen recht. Aber entsprechend mussten wir die Fragen drankommen lassen. Es entstanden Zwischenfragen, ja, man hätte auch ablehnen können, was nicht fair gewesen wäre. War dies nun der Antrag? Entsprechend stimmen wir jetzt über den **Sitzungsabbruch** ab. Wer dem Antrag folgen will, soll jetzt bitte abstimmen. Wer für nein ist! Enthaltungen! Somit bitte die Stimmzählerinnen zu mir.

**://:**

Sie haben diesem Antrag mit 24 Ja, 6 Nein und 1 Enthaltung **zugestimmt**.  
Somit **schliessen** wir die heutige **Sitzung** jetzt **ab**.

Danke für das Engagement, bis zum nächsten Mal.

ENDE DER SITZUNG 21.05 Uhr